

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für  
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 Pf. pro Monat  
(beim 1. d. M. monatlich für Lieferung ins Haus) im voraus  
zahlbar. Post bezug 3,27 Pf. einschließlich 60 Pf. Postzuschlag  
und 72 Pf. Postbediensteter.

## Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 2 Pf.  
Kleinzeile 2.- Pf. Ermäßigungen nach Tarif. Postfachkonto:  
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 606. - Der Verlag  
behält sich das Recht der Ablehnung nicht geordneter Anzeigen vor!  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 69, Lindenstr. 7  
Fernsprecher: Köpenick (A 7) 252-257

# Notverordnete SA!

## Aufhebung des Verbots — aber mit schweren Bedenken

Von morgen ab darf also die SA wieder marschieren! Von morgen ab darf sie wieder Uniform tragen!

Die Notverordnung vom 14. Juni und die von heute bilden ein untrennbares Ganzes. Beide sind von einer Regierung erlassen, die sich auf Nationalsozialisten und Deutschnationale stützt. Von der Politik dieser Regierung ist die große Hunger-Notverordnung ein Bestandteil und die Aufhebung des SA-Verbots ein anderer.

Für den politisch aufgeklärten Staatsbürger wird es in Zukunft unmöglich sein, einen Nationalsozialisten in Uniform zu sehen, ohne an die Kürzung der Kriegsbeschädigtenrente, oder an die Wiedereinführung der Salzsteuer, oder an den Raub, der an den Versicherten der Reichsanstalt verübt worden ist, denken zu müssen.

Die kleinen Geschäftsleute, die kleinen Landwirte werden durch den Anblick einer SA-Uniform an die Tatsache erinnert werden, daß fortan — als Dank dafür, daß sie bisher so brav nationalsozialistisch gewählt haben — auch der Umsatz unter 5000 Mark einer zweiprozentigen Umsatzsteuer unterliegen wird.

Kurzum, jeder Staatsbürger wird sich beim Anblick einer SA-Uniform unwillkürlich an dasjenige aus der Notverordnung vom 14. Juni erinnern, womit er gerade am freudlichsten bedacht worden ist.

Von dieser nützlichen Wirkung abgesehen, ist die Aufhebung des SA-Verbots ein Stück aus dem Tollhaus.

Zum erstenmal in der Geschichte ereignet sich der Fall, daß eine Organisation, die unzählige blutige Gewalttaten auf dem Gewissen hat, mit dem Recht, Uniform zu tragen, ausgestattet wird.

Dieser Vorgang ist so ungeheuerlich, daß ganz offenbar auch die gegenwärtigen Inhaber der Reichsgewalt ein gewisses Entsetzen vor ihm empfinden. Auch ihnen fehlt offenbar nicht das Gefühl dafür, was angerichtet wurde, als man mit den Nationalsozialisten feste Bindungen einging.

So erklärt sich auch das Schreiben des Reichspräsidenten, das von den schwersten Besorgnissen diktiert ist und den ganzen Widersinn der neuen Notverordnung grell beleuchtet. Wenn man — mit gutem Grunde! — als Folge der neuen Verfügung Zustände befürchtet, die die Verhängung des Belagerungszustandes notwendig machen, so ist das eigentlich schon die schärfste Kritik, die an dieser Verfügung geübt werden kann.

Durch die neue Notverordnung werden „politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung aufzutreten pflegen“, dem Reichsminister des Innern in solcher Weise unterstellt, daß dieser eigentlich ihr höchster Vorgesetzter wird. Sie haben sich seinen Anordnungen zu fügen, tun sie es nicht, so werden sie aufgelöst.

Der Reichsminister des Innern übernimmt damit für das Tun jener Verbände die volle Verantwortung, um die ihn niemand beneiden wird. Er übernimmt ganz besonders die Pflicht, sich gegenüber den verschiedenen Verbänden völlig unparteiisch zu verhalten.

Herr v. Gajl wird sich aber wohl selber fragen, ob nach den Erlebnissen der letzten Tage ein Vertrauen zur Unparteilichkeit dieser Regierung noch vorhanden sein kann. Und selbst wenn man bei Herrn v. Gajl den besten Willen voraussetzt, wer bürgt für den Nachfolger?

Kann es nicht eines Tages so kommen, daß — das Reichsbanner aufgelöst wird, weil die SA krawalliert?

Jeder auch nur schüchterne Versuch, die Unparteilichkeit zu wahren, muß die Reichsregierung in Konflikt mit der Nationalsozialistischen Partei bringen. Woher will sie die Kraft nehmen, diesen Konflikt durchzusetzen?

Ueber die Aufhebung des Uniformverbots sagt die amtliche Begründung:

Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, daß gerade die Wiederzulassung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten. Sollte sie sich hierin getäuscht sehen und die Wiederzulassung der sogenannten Parteiuniformen Zusammenstöße zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge

haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Aufsichtsrecht die Handhabe bietet, gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten.

Das ist nicht gerade die Sprache des guten Gewissens. Man hat Angst von den Geistern, die man gerufen hat, weil man nicht weiß, wie man sie wieder los wird.

Die republikanisch gesinnte, verfassungstreue Bevölkerung

ist entfernt von jedem Verdacht, Gewalttätigkeit zu wollen oder zu suchen. Aber sie wird sich auch keine gefallen lassen!

Für sie heißt es, nicht provozieren und sich nicht provozieren lassen, aber sich entschlossen selber zu helfen, wo die öffentliche Gewalt versagt!

## Der Inhalt der Notverordnung

Die politische Notverordnung trägt den Namen „Notverordnung gegen politische Ausschreitungen“. Sie tritt an die Stelle der sieben früheren politischen Notverordnungen.

Dem wesentlichen Inhalt nach handelt es sich bei der heutigen Notverordnung um eine Kodifizierung des politischen Notrechts. Alle Bestimmungen früherer Notverordnungen, die in der heutigen Notverordnung nicht enthalten sind, haben demnach keine Gültigkeit mehr. Insbesondere ist in der heutigen Verordnung weder vom SA-Verbot noch vom Uniformverbot irgendwie die Rede. Die Notverordnung tritt nach dem Tage der Verkündung, also am morgigen Freitag, dem 17. Juni, in Kraft.

Sie gliedert sich in vier Abschnitte. Der erste Abschnitt enthält Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge. Der zweite Abschnitt trägt die Überschrift „Periodische Druckschriften“. Der dritte Abschnitt befaßt sich mit den politischen Verbänden. Der vierte Abschnitt enthält die Strafbestimmungen, die zum Teil erheblich verschärft worden sind. Außerdem befinden sich im Anhang noch eine Reihe von Uebersetzungsvorschriften.

### Die Bürgerkriegsarmee darf marschieren.

Die neue Notverordnung stellt die volle Demonstrationsfreiheit wieder her. Sie nimmt den Landesbehörden die Möglichkeit, Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sowie Lastwagenfahrten wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von vornherein zu verbieten, soweit ein solches Verbot sich nicht auf die Reichsverfassung stützt. Diese Bestimmung steht im engsten Zusammenhang mit der Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots. Die SA darf nicht nur wieder organisiert werden, sie darf nicht nur ihre neuen Uniformen zeigen, sie darf vielmehr auch marschieren!

Die Notverordnung enthält die Bestimmung, daß der Reichsminister des Innern für das Reich oder für einzelne Länder ein

Demonstrationsverbot erlassen kann. Der Versuch der Wiederherstellung der Demonstrationsfreiheit und der Wiederzulassung von Lastwagenfahrten ist während des heftigen Wahlkampfes von der heftigen Regierung unternommen worden.

Es hat sich sofort herausgestellt, daß die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler diese Lockerung zu schamlosem blutigem Terror gegen politische Andersdenkende mißbraucht hat.

Die heftige Regierung hat sich deshalb gezwungen gesehen, Demonstrationen und Lastwagenfahrten wieder zu verbieten. Die neue Notverordnung der Reichsregierung fällt der heftigen Regierung in den Arm. Man muß die ernsthafteste Befürchtung haben, daß am Freitag, Sonnabend und Sonntag in den letzten

## Verwarnung — an wen?

Ein Schreiben des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gajl folgendes Schreiben gerichtet:

„Zehr geehrter Herr Reichsminister! Anbei übersende ich Ihnen die von mir vollzogene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zuzehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener  
gez. von Hindenburg.“

Lagen des heftigen Wahlkampfes offen anarchische Zustände die Folge sein werden!

Diese Befürchtungen gelten nicht nur für Hessen! Wenn der Reichsminister des Innern nicht unmittelbar von dieser Kannbestimmung Gebrauch macht, wird die volle Verantwortung für alles, was die Folge des öffentlichen geschlossenen Auftretens der Hilterschen Bürgerkriegsarmee sein kann, ihm zur Last fallen!

Dieser Teil der Notverordnung wird im übrigen voraussichtlich zu ernsthaften Konflikten mit jenen süddeutschen Ländern führen, die klar zu erkennen gegeben haben, daß sie sich gegen den organisierten Terror der Hilterschen Bürgerkriegsarmee selbst schützen werden.

### Die Behandlung der Presse.

In den Vorschriften über politische Ausschreitungen in periodischen Druckschriften wird die Verpflichtung zur vorherigen Vorlegung von Plakaten und Flugblättern aufgehoben.

Die Gründe, die zu einem Verbot rechtfertigen, sind im wesentlichen früheren Notverordnungen entnommen. An die Stelle der Bestimmung, daß ein Verbot wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erfolgen kann, wie die Bestimmung, daß ein Verbot erfolgen kann auf Grund einer Veröffentli-

## Die neue Uniform



„Schneite Uniform, wer bezahlt die nur?“  
„Dummer Kerl — du!“



llung, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verbreitet werden. Das ist eine überaus gefährliche Raufschuhbestimmung, die die Möglichkeit zur Unterdrückung selbst objektiv wahrhafter Kritik eröffnet!

Im übrigen werden die Verbotsfristen abgekürzt, Auflagenrichtern dürfen künftig nur noch von Landesbehörden im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern erfolgen.

## Die Verordnung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausstellungen vom 14. Juni 1932 enthält in ihren fünf Abschnitten folgende Bestimmungen:

### Abschnitt I: Versammlungen und Aufzüge.

Nach § 1 können öffentliche politische Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel aufgelöst werden, 1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird; 2. Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; 3. eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; 4. zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird.

Nach § 2 ist die Polizeibehörde befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden. Die Beauftragten müssen sich dem Leiter der Versammlung zu erkennen geben, der ihnen einen angemessenen Platz einräumen muß. Bei Verweigerung der Zulassung des Beauftragten kann die Versammlung aufgelöst werden.

Nach § 3 ist die Polizeibehörde verpflichtet, dem Leiter der Versammlung die Gründe für die Auflösung mitzuteilen, falls dieser das binnen drei Tagen beantragt. Die Auflösung kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden.

Nach § 4 kann der Reichsminister des Innern für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile anordnen, daß öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel: 1. der Ortspolizeibehörde vorher anzumelden sind; 2. verboten oder statt dessen unter einer Auflage genehmigt werden können; 3. aufgelöst werden können, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind, oder wenn von den Angaben der Anmeldung abwichen, oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird. Zuwiderhandlungen können mit Gefängnisstrafe und Geldstrafe geahndet werden.

### Abschnitt II: Periodische Druckschriften.

Der § 5 bestimmt, daß Schriftleiter und Verleger einer periodischen Druckschrift verpflichtet sind, amtliche Rundgebungen und amtliche Entgegnungen (sogenannte Auflagenadressen) unentgeltlich aufzunehmen. Oberste Landesbehörden können die Ausnahme einer Rundgebung nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen. (Eine Beschränkung, die neu ist.) Der Abdruck hat unverzüglich zu erfolgen, eine Stellungnahme zu einer Entgegnung ist in der gleichen Nummer unzulässig. Der Reichsminister des Innern kann über die Art und Weise des Abdrucks Vorschriften erlassen und die Zahlung einer Vergütung vorschreiben, wenn der Abdruck einen bestimmten Umfang überschreitet.

§ 6 enthält die Neuregelung der Verbotgründe für periodische Druckschriften. Periodische Druckschriften können hienach verboten werden:

1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung aufgefordert oder angereizt wird;

2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

3. wenn in ihnen eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

4. wenn in ihnen eine Veröffentlichung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet, daß unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verbreitet werden;

5. wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931 zuwider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann;

6. wenn den Vorschriften des § 5 (Auflagenadressen) oder den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwidergehandelt wird.

Die Verbotsdauer darf bei Tageszeitungen 4 Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Ein auf Grund des Republiksschutzgesetzes erlassenes Verbot umfaßt auch sämtliche Kopfblätter sowie jede Erschließung.

Nach § 7 sind zuständig für den Erlass von Verboten periodischer Druckschriften die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen das Verbot ist die Beschwerde an einen Senat des Reichsgerichts gegeben. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich der Oberlandesbehörde vorzulegen. Hilft diese der Beschwerde nicht ab, so hat sie sie unverzüglich an den Reichsminister des Innern weiterzuleiten. Der Reichsminister des Innern kann der Beschwerde abhelfen oder sie dem Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung vorlegen. Gegen eine Entscheidung des Reichsministers des Innern kann die oberste Landesbehörde die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts anrufen. Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen. In Streitfällen kann die oberste Landesbehörde, wenn sie einem solchen Ersuchen nicht entsprechen will, das Reichsgericht anrufen. Erklärt dieses das Verbot für nicht zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen.

Nach § 8 muß ein Verbot auf Grund dieser Verordnung oder des Republiksschutzgesetzes ohne sachliche Nachprüfung sofort aufgehoben werden, wenn die Beschwerde nicht spätestens am fünften Tage nach ihrer Einlegung der Stelle zugeleitet ist, die sie dem Reichsgericht vorzulegen hat.

### Abschnitt III: Politische Verbände.

§ 9.

1. Politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen, sind auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet, ihm ihre Satzungen und sonstigen Bestimmungen über ihre

# Matuska und die Geister

## Beginn der Zeugenvernehmung im Prozeß des Eisenbahnverbrechers

Wien, 16. Juni.

Der Prozeß gegen Sylvester Matuska wurde heute mit den Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Matuska macht einen ruhigen und feischen Eindruck. Er hat, ebenso wie in der vorigen Nacht, ausgezeichnet geschlafen.

### Er schenkt der Welt sein Herz.

Heute morgen suchte ihn vor dem Verhandlungsbeginn sein Verteidiger Dr. Ettinger auf. Matuska erklärte ihm passiv, daß er gestern der Welt sein halbes Herz geschenkt habe und ihr heute die zweite Hälfte schenken wolle. Seine große Rede werde er erst am Schluß des Prozesses halten. Eine Enttäuschung schien Matuska allerdings erlebt zu haben, als er heute den Gerichtssaal betrat: die Inhaber der Platzkarten haben sich mit dem Erscheinen zur Verhandlung Zeit gelassen und als Matuska die breiten Rücken im Zuscherraum erblickte, schüttelte er mißbilligend den Kopf. Dann begann das ihm übliche Nienemspiel; er zog Grimassen, murmelte unverständliche Worte und schien zeitweise völlig geistesabwesend.

Das Gericht wird im Laufe des heutigen Tages 24 Zeugen vernehmen; unter ihnen befinden sich nur zwei Frauen, wie es überhaupt charakteristisch für diesen Prozeß ist, daß Frauen in ihm fast gar keine Rolle spielen.

Polizeikommissar Dr. Böhm, der als Zeuge vernommen wurde, erklärte, daß er Matuska nach dessen Verhaftung wiederholt verhört habe. Zuerst zeigte sich Matuska ruhig, dann wurde er von trampsartigen Zuständen befallen, zeigte sich ganz verzweifelt und sprach wirt durcheinander von Visionen und Geistererscheinungen. Ueberhaupt habe sich das Verhör zeitweilig fast in den Bahnen der vierten Dimension bewegt. Erst, als Matuska endlich zugab, daß diese Erzählungen auf freier Phantasie beruhen, habe man in seine Angaben Ordnung bringen können. Seine Schilderung der Vorgänge sei richtig gewesen.

### 20 Jahre unter Geisterdruck.

Der Vorliegende ruf nun noch einmal Sylvester Matuska vor und fragt ihn: „Sie haben uns gestern wiederholt hier von drei Geistern erzählt, die Sie beherrscht haben sollen: von einem Geist „Bergmann“, dann „Dr. Mejer“ und „Leo“. Im Laufe des Verhörs haben Sie diese Angaben immer abgeschwächt, so daß die

Geister sich schließlich in Nichts verflüchtigen. Erklären Sie uns nun klipp und klar: Halten Sie auch heute noch die Behauptung aufrecht, daß Sie unter dem Druck einer derartigen Persönlichkeit gehandelt haben?“ Matuska mit weinerlicher Stimme: „Natürlich halte ich aufrecht. Ich stehe seit 20 Jahren schon unter diesem Druck. Leo Schabanski und Bergmann habe ich immer gesehen.“ Vorl.: „Wer ist dieser Schabanski?“ Angelk.: „Schabanski ist ein Wundermann. Er hat sehr großen Eindruck auf mich gemacht. Immer hat er mich gerufen.“ Vorl.: „Sie halten also die Behauptung von dem Geist aufrecht?“ Matuska (sch an die Brust schlagend): „Bis in mein Grab.“ Vorl.: „Dann wollen Sie aber zu der Erkenntnis gekommen sein, daß es nur ein Phantom war? Wann ist Ihnen diese Erkenntnis aufgeblüht?“ Matuska: „Erst bei der Polizei. Dann war es zu spät.“ Staatsanwalt: „Wann halten Sie so große Stücke auf diesen Leo?“ Matuska: „Er war ein wirklicher Wundermann. Einfacher Arbeiter zuerst, hat aber jetzt große Fabriken und Hunderte von Patenten.“ Vorl.: „Haben Sie sich überzeugt, ob das auch richtig ist?“ Matuska: „Wohl, alles in den Zeitungen gestanden.“ Staatsanwalt: „Was hat denn Ihr Leo eigentlich erfunden?“ Matuska: „Alles.“ Staatsanwalt: „Können Sie uns doch eine bestimmte Sache.“ Matuska: „Das weiß ich nicht.“ Dr. Ettinger: „Sie haben ihm ja selbst ein Patent abgekauft. Wann haben Sie Leo kennen gelernt?“ Matuska: „Vor vier oder fünf Jahre. Erst vor kurzem ist er wieder erschienen.“

Das Gericht schreitet nun zur Vernehmung des Zeugen Elemer Darvas, der in der Angelegenheit eine gewisse Rolle spielt. Matuska hatte ihm nämlich von Clantaoer, wo er kurz vor der Verübung des Ansbacher Attentats bei seinen Eltern weilte, einen Brief geschrieben, in dem er ihn ersuchte, er möge ihn telegraphisch nach Wien berufen. Matuska wollte sich auf diese Weise rechtzeitig losmachen, um nach Wien fahren zu können und bei seinen Eltern Weihnachtsferien nicht verbringen zu müssen.

Darvas erklärt, daß er Matuska vor fünf Jahren kennen gelernt und ihm als Dolmetscher bei der Durchführung seiner Häulertransaktionen in Wien geholfen habe. Zur Zeit, als Matuska seine Attentate verübte, habe er mit ihm in Verbindung gestanden. Es fiel dem Zeugen auf, daß Matuska, als er aus Deutschland (wo er das Biberboger Attentat inzwischen verübt hatte) zurückkehrte, sehr verfallen aussah. In der letzten Zeit war Matuska auch sehr nervös und unruhig gewesen. Er konnte sich bei geschäftlichen Besprechungen keine zwei Minuten konzentrieren.

Organisation und Tätigkeit vorzulegen und daran jede Aenderung vorzunehmen und jeder Auflage nachzukommen, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält.

2. Ob ein Verband diesen Vorschriften unterliegt, entscheidet endgültig der Reichsminister des Innern.

§ 10.

1. Verbände, die einer Verpflichtung aus § 9 nicht nachkommen, können vom Reichsminister des Innern aufgelöst werden. Der Reichsminister des Innern kann dabei Bestimmungen über die Sicherstellung von Gegenständen treffen, die sich zur Zeit der Auflösung im Besitz des aufgelösten Verbandes oder eines seiner Mitglieder befinden und den Zwecken des Verbandes dienen haben oder zu diesen bestimmt gewesen sind.

2. Gegen die Anordnung der Auflösung ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die Beschwerde zulässig, die beim Reichsminister des Innern einzureichen ist; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet der nach § 7 dieser Verordnung zuständige Senat des Reichsgerichts.

### Abschnitt IV: Strafbestimmungen.

Der Abschnitt IV enthält in den §§ 11 bis 18 die Strafbestimmungen für eine Reihe von Verstößen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

§ 11 bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft wird, wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt, es sei denn, daß die Tat nach anderen Vorschriften bereits mit einer höheren Strafe bedroht ist.

§ 12 bestimmt, daß auf Gefängnis nicht unter einem Monat, im Falle der gefährlichen Körperverletzung jedoch auf Gefängnis nicht unter drei Monaten zu erkennen ist, wenn eine vorfällige Körperverletzung aus politischen Beweggründen begangen ist. Wildernbe Umstände dürfen in diesem Falle nicht zugebilligt werden.

§ 13 bestimmt, daß mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft wird, wer eine Schusswaffe unbefugt führt oder eine Gewalttat mit ihr begeht oder androht.

§ 14 bestimmt, daß mit Gefängnis bestraft wird, wer einem auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Versammlungs- oder Aufzugsverbots zuwiderhandelt, oder wer sich an einem Verband beteiligt, der auf Grund des § 10 aufgelöst worden ist.

§ 15 bestimmt, daß mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft wird, wer als Veranstalter einer Versammlung dem Beauftragten der Polizei die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert, oder wer sich nach Erklärung der Auflösung nicht sofort entfernt.

§ 16 bestimmt, daß die Herausgabe, der Verlag, der Druck und die Verbreitung einer periodischen Druckschrift, die verboten worden ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen ist. Außerdem kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 17 gestattet es der Polizei, Personen in polizeiliche Haft zu nehmen, die auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen werden, das mittels einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe begründet wird. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit können solche Personen so lange festgehalten werden, als dies die öffentliche Sicherheit erfordert. Die Polizeihaft ist aber aufzuheben, wenn die gerichtliche Untersuchungshaft verhängt ist oder wenn drei Monate seit der Inhaftnahme vergangen sind. Gegen die polizeiliche Haft ist die Beschwerde im Dienstaufsichtsweg zulässig. Bestreitet der Verhaftete die Tat, so hat der Amtsrichter des Bezirks eine Entscheidung zu treffen.

§ 18 setzt fest, daß das Verfahren nach § 212 der Strafprozessordnung auch dann zulässig ist, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird.

## Bayerische Verbote bleiben.

Anordnung der bayerischen Regierung.

München, 16. Juni.

Ämtlich wird mitgeteilt: Das am 10. Juli 1931 erlassene und durch Anordnung vom 30. März 1932 bis 30. September 1932 verlängerte Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel in Bayern einschließlich der Aufzüge und Propagandafahrten, gleichwie ob uniformiert oder nicht uniformiert, bleibt durch die Notverordnung des Reichspräsidenten unberührt.

Politische Versammlungen unter freiem Himmel und politische Aufzüge jeder Art sind also nach wie vor im Gebiet des Freistaates Bayern verboten. Nach der neuen Notverordnung werden nunmehr alle Zuwiderhandlungen gegen die auf Artikel 123, Absatz 2, der Reichsverfassung gestützten Anordnungen dieser Art und damit auch Zuwiderhandlungen gegen das bayerische Aufzugsverbot mit Gefängnis bestraft.

Ueber das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen werden für Bayern noch besondere polizeiliche Vorschriften ergehen.

### Preussisches Demonstrationsverbot bleibt.

Wie vom Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, wird das preussische Demonstrationsverbot durch die neue Notverordnung gegen politische Ausschreitungen nicht berührt, da das Demonstrationsverbot in Preußen auf Grund einer Vorschrift der Reichsverfassung erlassen worden ist.

### Baden bleibt beim Uniformverbot.

Karlsruhe, 16. Juni.

Wie ämtlich mitgeteilt wird, hat der Minister des Innern mit Rücksicht auf die in Baden gegebenen Verhältnisse entsprechend einer früheren badischen Regelung ein allgemeines Uniformverbot ausgesprochen. Auch das in Baden bestehende Demonstrationsverbot bleibt durch die Reichsverordnung unberührt. Das Verbot von Geländebungen ist bis auf weiteres verlängert worden.

## Baden lehnt jede Verantwortung ab.

Die süddeutschen Länder und die Aufhebung des SA-Verbots

Karlsruhe, 16. Juni.

Staatspräsident Dr. Schmitt erklärte heute vormittag den Vertretern der Presse, er habe in der Unterredung der süddeutschen Regierungsvorsteher mit dem Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichskanzlers über die Aufhebung des SA-Verbots u. a. gesagt:

Die Aufhebung des SA-Verbots schädige das Ansehen des Reichspräsidenten, weil er das Verbot erst vor kurzem erlassen habe. Wenn man in dem SA-Verbot eine Einseitigkeit und deswegen eine Ungerechtigkeit erblicke, so sei das SA-Verbot aus diesem Grunde nicht aufzuheben, sondern auf alle militärischen Verbände auszudehnen.

Das badische Staatsministerium lehne einstimmig die Verantwortung für die Ruhe in Baden bei Aufhebung des SA-Verbots ab, weil Baden kein Militär und auch nicht genügend Polizei habe. Gerade jetzt während der Wahlzeit dürfe das Verbot erst recht nicht aufgehoben werden.

Auf eine besondere Frage bezüglich Feststellung des badischen Staatspräsidenten habe der Reichskanzler erklärt, es sei selbstverständlich, daß, wie auch das Reich entscheide, die Länder nicht gehindert seien, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die mit Rücksicht auf besondere örtliche Verhältnisse erforderlich seien.



# Lausanne eröffnet.

Mardonalds Programmrede.

Lausanne, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Am 10 Uhr heute vormittag fand im würdig ausgestatteten Festsaal des Hotels Beau Rivage die feierliche Eröffnungssitzung der Lausanner Konferenz statt. Mardonalds Programmrede zeigte deutlich, daß sich der Stoff der Beratungen auf Reparationen und Weltwirtschaftsfragen beschränken wird. Sie gab die Bereitschaft der Großmächte zu verstehen, auch unter Opfern auf Zahlungen Deutschlands zu verzichten, und stellte als Preis des Verzichts in allgemeiner Form den Anspruch auf eine politische Ruheperiode auf, die wohl hauptsächlich ein Verzicht Deutschlands darstellen soll, für eine bestimmte Zeit auf jede Revisionspolitik zu verzichten.

Sofort zu Beginn der Sitzung schlug Herriot im Namen der einladenden Länder vor, Mardonald zum Präsidenten der Konferenz zu wählen; unter starkem Beifall erfolgte die Wahl einstimmig. In einer Begrüßungsansprache schilderte Bundespräsident Motta-Schweiz die Last der Krise. Vom Erfolg der Lausanner Arbeit hänge auch das Schicksal der Abrüstungskonferenz im großen Umfang ab. In den Händen dieser Reparationskonferenz liege die Entscheidung über Wohlfahrt oder Vernichtung. Im Namen der Schweiz und aller Völker bringe er den Delegierten die herzlichsten Wünsche für einen vollen Erfolg dar. Mardonald sprach seinen Dank an die Schweiz aus für ihre Organisationsarbeit. Dann verließ Motta als Richtmitleid der Konferenz den Saal, während alle Delegierten sich erhoben.

Seine große Programmrede begann

Mardonald

mit der Feststellung, die Augen der ganzen Welt seien, wie niemals zuvor, auf diese Konferenz gerichtet, in der Hoffnung auf Verständigungen zur Beendigung der Krise. Man sehe nahe vor einer Weltkatastrophe. Nichts sei kleiner als die Welt, nichts geringer als ein System, das rundum zusammenstürze. In dieser Krise seien Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika, England nicht vom Recht der Welt ausgeschlossen. Habe man seither eine Politik verfolgt, welche die einfachsten Wirtschaftsgesetze verletzt habe, so müsse die gesunde Vernunft unweigerlich und ohne Zögern zu besseren Wegen führen und zur Verpflichtung, den Preis zu zahlen, den solche Irrungen gekostet hätten. Ueber eine der Ursachen des Niederganges, die finanzielle Erbchaft des Krieges, soweit sie Rückwirkung auf die Weltwirtschaft habe, müsse man zu einer Verständigung kommen. Mardonald unterstrich die Feststellungen der Baseler und Genfer Sachverständigen-Gutachten, die eine rasche Lösung der Reparationsfrage als unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung bezeichnet haben. Es handele sich nicht nur um ein technisches, sondern um ein Problem weltweiter Prinzipien. Ein Prinzip dränge sich allen Teilnehmern auf, nämlich, daß Verpflichtungen nicht einseitig aufgesetzt werden könnten. Wenn aber Zahlungsunfähigkeiten vermieden werden sollten, so müßte durch Verständigung festgestellt werden, daß alle Verpflichtungen unausführbar geworden seien. Bei jeder Verständigung müsse jede Partei den Tatsachen Rechnung tragen. Unter diesen Umständen handele es sich nicht nur um die Feststellung, ob Pläne unerträgliche Lasten auslösten, sondern auch, in welchem Maße sie durch ihre wirtschaftliche und finanzielle Schwäche zu dem beklagenswerten Zustand der heutigen Welt beigetragen hätten.

Die Arbeit der Konferenz müsse auch die Einflüsse umfassen, die an der Zerstörung aller arbeiteten. Europa könne hierin nicht allein handeln und man müsse die Versicherung begreifen, daß nach Beendigung der jetzigen Phase der Arbeiten die Vereinigten Staaten die Konferenz ernuliert hätten zum Glauben an ihre Mitarbeit an einigen der größten Probleme. In Lausanne könne kein voller Erfolg möglich sein ohne den Erfolg der Abrüstungskonferenz. Es gelte eine Periode der dauerhaften politischen Ruhe herzustellen, in der die Völker nach Begegnung ihrer Angelegenheiten nicht mehr durch die Furcht vor Krieg und Kriegsergebnissen verunsichert werden könnten. In einem Punkte der Konferenzverhandlungen werde vermutlich diese Frage angeprochen werden müssen. Die Völker warteten sehr darauf, selbst unter großen Opfern herab zu dem Ruhe der Konferenz zu folgen. Er flehe daher die Konferenz an, nichts zu fürchten außer der Schwäche. (Stürmischer Beifall.) Die Konferenz wählte einstimmig Sir Maurice Hankey zu ihrem Generalsekretär. Heute nachmittag wird eine erneute Beratung der sechs einladenden Mächte des Arbeitsprogramms für die erste Arbeitssitzung morgen früh stattfinden.

# Preußen bleibt fest.

Gegen die dunklen Ziele staatsfeindlicher Elemente.

Schon die Ankündigung von der Aufhebung des SM-Verbotes hat bewirkt, daß überall im Reich die Ausschreitungen und Ueberfälle nationalsozialistischer Trupps lawinenhaft angewachsen sind. Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß auch Polizeibeamte tätlich von rechtserblichen Elementen angegriffen wurden. Der preussische Innenminister Carl Severing hat sich deshalb veranlaßt gesehen, an die Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten einen Erlaß zu richten, in dem es heißt:

„Die gegenwärtige politische Lage und die infolge der politischen Ereignisse eingetretene Unklarheit der weiteren Entwicklung bieten nach den Beobachtungen der letzten Tage an den verschiedensten Stellen des Staatsgebietes staatsfeindlichen Elementen offenbar Anlaß und Gelegenheit, ihre dunklen Ziele durch Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und verbrecherische Anschläge, wie Minderungen und Ueberfälle auf andere Staatsbürger und auf Polizeibeamte mit besonderer Hemmungslosigkeit zu verfolgen. Es ist die Pflicht der Polizei, dieses Treiben auf das aufmerksame zu beobachten und ihm jederzeit — möglichst schon vorbeugend — mit allen, auch den schärfsten Mitteln entgegenzutreten.“

Der Innenminister weist dann darauf hin, daß die gesetzlichen Bestimmungen insbesondere durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten gegeben sind. Besonderes Augenmerk soll auf das Treiben ausländischer Elemente gelegt werden. Zum Schluß wird in dem Erlaß der Erwartung des Ministers Ausdruck gegeben, daß die Leiter der Polizeibeamten sich im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor Erschütterungen zu bewahren, persönlich in jeder Weise vorbildlich einsehen.

Der Ernst der Wirtschaftskrise in Frankreich kommt nicht nur in der Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zum Ausdruck, sondern auch in der Zahl der wegen Beschäftigungslosigkeit in ihre Heimat zurückkehrenden Ausländer. Nach den Feststellungen des Arbeitsministeriums haben in den ersten fünf Monaten des Jahres bereits über 60 000 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen, während im ganzen Jahre 1931 nur 92 000 ausgewandert sind.

# Proletarischer Kulturwille

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund

Die kapitalistische Gesellschaft tracht in allen Fugen. Ihr wirtschaftlicher Bankrott wird durch die Zusammenbrüche großer Unternehmungen, der geistige durch die Nazibewegung charakterisiert. Subventionen des Staates fliehen Agrarier, Großindustrielle, Banken. In diesem Chaos stehen die proletarischen Organisationen. Sie konnten bisher in ihren Grundlagen erhalten bleiben, weil die Solidaritätsideologie sich kräftig genug erwieis.

Ein Einblick in den Geschäftsbericht des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes bestätigt das aufs neue. Der Bericht umfaßt die Zeit von 1929 bis 1932. Selbstverständlich machen sich die Wirkungen der Krise bemerkbar. So sind die Beiträge des Geschäftsjahres 1931/32 um den Betrag für 27 000 Mitglieder zurückgegangen. Rund 442 000 M. sind dem Bund als Beiträge zugeflossen. Der Schatz der Chöre vor Auführungsgebühren aus Grund des Urheberrechtes bringt die Hauptbelastung des Bundesjahres mit rund 127 000 M. 28,6 Proz. aller Beitragsentnahmen müssen dem Musikverleger als Vertragsgebühren bezahlt werden. Um die Leistungsfähigkeit der Dirigenten der Arbeiterchöre zu fördern, beteiligte sich der Bund an den Staatlichen Chorleiterkursen durch Uebernahme der Fahr- und Tagegelder. Dies ergab eine Belastung von etwa 32 000 M. Aber auch die Schulung der Funktionäre durch einwöchige Kurse erfolgte, erspämt mit 17 000 M. im Etat. Aus diesen Zahlen ist die Kulturarbeit des Arbeiter-Sängerbundes zu erkennen.

Noch deutlicher tritt das bei dem nur für die Mitglieder des DKS eingerichteten Verlag in Erscheinung. Autoren (Komponisten, Dichter, Bearbeiter, Uebersetzer), Rotendruckereien — und die Mitglieder sind die Nutznießer dieser Einrichtung. Durch den eigenen Verlag kann den Arbeiter-Sängern zu niedrigsten Preisen Material für den Chorbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise ist für die Autoren die weiteste Verbreitung ihrer Arbeiten möglich. Auch durch die gratis gelieferten Chöre, die in etwa 16 000 Partituren und 800 000 Stimmen verteilt wurden,

wird die Verbreitung von neuen Liedmaterial wesentlich gefördert. Im Umfang des eigenen Verlages machte sich die Krise am stärksten bemerkbar. Gegenüber dem Jahre 1929/30 ergibt sich für das Jahr 1931/32 eine Einnahmeverminderung von rund 55 Proz. Auch beim Bezug der Arbeiter-Sängergzeitung ist ein Rückgang um etwa 25 Proz. festzustellen. In diesen Zahlen zeigt sich die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf den DKS. Oft wird von den Chören über ein 60- bis 90prozentige Erwerbslosigkeit der Mitglieder berichtet. Wenn unter solchen Umständen der Durchschnittsmittlerbestand mit 42 (gegenüber 52 je Verein im Jahre 1929) festgesetzt werden kann, dann kann von erfolgreichem Widerstand der Arbeiter-Sängerbewegung gegenüber dem Angriff der Krise gesprochen werden. Die Gesamtmitgliederzahl wurde statistisch mit 188 737 (darunter 60 945 Frauen) für 4453 Vereine ermittelt. Die Jugendlichen (bis 20 Jahre) sind in dieser Zahl mit 17 804 (davon 9105 weibliche) vertreten. Das Bestreben, auch die Kinder für den Chorbetrieb zu interessieren, hat zu 183 gemeldeten Kinderchören mit 11 067 Kindern (davon 7086 Mädchen) geführt. An unterstützenden Mitgliedern meldet die Statistik 126 135. Diese Feststellungen berechtigen sicher zu der in der letzten Ratzeit erfreulichen Schlussfolgerung: die sozialistische Idee führt auch die singenden Proletarier zu einer achtunggebietenden Gemeinschaft. Es bleibt noch festzustellen, daß die Behörden trotz aller schönen Reden über die notwendige Kulturarbeit für diese Kulturgemeinschaft der Arbeiter-Sänger nur selten Unterstützungen übrig haben.

Ermahnt sei auch, daß sich (neben der Wirtschaftskrise) die KPD zur Aufgabe gestellt habe, dem Arbeiter-Sängerbund Schwierigkeiten zu bereiten. Allerdings hat der kommunistische Sängerbund Kampfgemeinschaft bisher nur den Austritt von etwa 3000 bis 4000 Mitgliedern erreichen können. Wenn die organisierte Arbeiter-Sängerschaft sich grundsätzlich und praktisch zum Arbeiter-Sängerbund bekennt, dann wird auch die kommende Geschäftsperiode, trotz Wirtschaftskrise und trotz Spaltungsversuchen, den proletarischen Aufbauwillen nicht brechen können, wie er in der Tätigkeit des Arbeiter-Sängerbundes zum Ausdruck kommt. Kl.

# J. Dernburg: „Die eiserne Jungfrau.“

Rose-Theater.

Das Motiv der eisernen Jungfrau ist eiserner Theaterbestand vergangener Jahrzehnte, in denen man die schrullige und ranzig gewordene alte Jungfer lediglich als Zielscheibe eines oft rohen Hohns empfand. Damals war man weniger als unsere an Freud geschulte Zeit bestrebt, ihr Mitgefühl und psychologisches Verständnis entgegenzubringen. Das neueste Rose-Theater-Stück wurzelt durchaus in der alten Theaterpraxis. Die eiserne Jungfrau ist in diesem Falle die Schwester eines Landpfarrers. Sie tobt, keusch bis auf die unbedeutensten Knochen, durch die Zimmer, entrückt sich moralisch, stänkert herum. Aber ihre Welt bricht zusammen: denn schließlich stellt sich heraus, daß so ungefähr niemand im Hause ist, der nicht ein von Folgen begleitetes Fehltrittchen begangen hätte, und sogar der Bruder selbst, der fromme Gottesmann, hat vor 38 Jahren einer Jungfrau ein Kind aufgehängt. Die Jungfrau von damals ist inzwischen Großmutter geworden, aber eine smarte, lebenslustige, moralisch äußerst liberale. Und es kommt zu einem späten Eheglück.

Ein paar Bassagen, die nachdenklich gemeint sind, wirken peinlich. Die Frage, ob erwachsene Menschen keusch leben sollen, ist nun heute wirklich kein Problem mehr, aber das sich geistreiche Apportsmen machen lassen. Um durch offene Türen zu gehen, brauche ich nicht den Kunstschlosser zu holen. Das andere ist handfestes, derbes Lustspiel, ohne Delikatesse und Charme, aber sicher im Griff und nicht ohne Blick für Bühnenwirksamkeit.

# Die Nazis terrorisieren ein Theater.

Aus Kassel wird gemeldet: Die Direktion des „Kleinen Theaters“ hatte für gestern abend und die folgenden Tage die Vorstellung des Schauspiel „Die Waterloobrücke“ angekündigt. Die hiesige Gauleitung der NSDAP teilte darauf der Direktion mit, daß sie diese Aufführungen als eine öffentliche Prostitution ansehe. Das „Kleine Theater“ ließ sich dadurch einschüchtern und entschloß sich, keine weiteren öffentlichen Aufführungen des Stückes mehr stattfinden zu lassen.

In Berlin ist dieses englische Schauspiel in Serienaufführungen gegeben worden, ehe es irgend jemand Anstoß daran genommen hätte. Es ist ein ziemlich friedliches Stück, das die Liebesepisode eines englischen Urlaubers während des Krieges in London zum Inhalt hat. Weder wird gegen die Deutschen gehebt, deren Luftschiffe London unter Schreden halten, noch eine aufdringliche Antikriegspropaganda getrieben. Es ist also unverständlich, wie die Gauleitung in dem Stück eine Gefährdung irgendwelcher Interessen erblicken konnte, aber noch unverständlicher, daß eine Theaterdirektion sich von einer unverantwortlichen Terroristengruppe ins Vorhorn jagen läßt. In diesem Fall wäre es, wenn je, Aufgabe der Polizei gewesen, die Besucher des Theaters vor den Nazisindianern zu schützen.

Leihgaben des Louvre in der Nationalgalerie. Ludwig Justi hat die drei der Berliner Nationalgalerie gehörenden Werke Edouard Manets, die von der französischen Kunstverwaltung für die demnächst zu eröffnende große Manet-Ausstellung in Paris erbeten waren, unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß der Louvre als Leihgaben für die Berliner Galerie einige Werke derjenigen französischen Hauptmeister des 19. Jahrhunderts überläßt, die hier sonst fehlen. Daraufhin hat jetzt der Louvre drei heroisierende Werke aus seinem Besitz nach Berlin gesandt, und die Bilder erhielten jedoch im ersten Stock der Nationalgalerie, in dem der französischen Kunst gemieteten Saal an der linken Seite, als Leihgaben ihren Platz. Es sind das Selbstbildnis von Louis David, dem Führer des französischen Klassizismus, der „Künstler“ von Theodore Gericault, das Bild eines Mannes im Profil, und der „Befrei de Douai“ von Camille Corot, eine Straßenlandschaft aus der nordfranzösischen Stadt. Die drei Berliner Bilder Manets sind gestern nach Paris abgegangen.

# Gartenbühne in der Großstadt.

„Der Regimentspapa“ in der „Neuen Welt“.

Da sieht man in einem schönen großen Garten mit allem Baumbestand und läßt sich auf der Gartenbühne ein heiteres Stückchen vorspielen. Für den Juni ist es reichlich frisch, man möchte von einer Matilke sprechen. Aber das Spiel auf der Bühne hilft einem darüber hinweg, und da serviert wird, kann man sich auch sonst dagegen schütten. Von der Großstadt spürt man hier gar nichts, aus dem großen Saal nebenan, in dem die Sozialdemokratie eine ausverkaufte Versammlung abhält, schallt nur ein paar-mal das Händeklatschen herüber; sonst ist es hier ganz still und lauschig. Ein großer gelber Mond steht am Himmel und spielt ohne Saec mit. Er scheint direkt zur Inszenierung zu gehören, denn er wird von der Bühne aus apostrophiert.

Die engagementslosen Künstler, die nun schon eine ganze Weile in der Hofenheide auftreten, sind von lebhafter Spielreue erfüllt. Sie lassen es sich nicht anmerken, daß sie einst bessere Tage und bessere Bühnen gesehen haben. Sie lassen es auch die Zuhörer nicht entgallen, daß ihrer nicht mehr sind. Inge van der Straaten führt die Regie, und alles klappt großartig auf der Gartenbühne. Man hat den „Regimentspapa“ wieder ausgegraben, eine Militärposse mit sehr viel Situationkomik, ein Repertoire aller gangbaren Bühnenscherze, das ohne besondere Mühe eine antimilitaristische Spitze bekommen könnte. Viktor Holländers Musik und besonders seine Schlager von damals gefallen dem Publikum immer noch ausnehmend. Ein Sammellob allen Darstellern: Inge van der Straaten, Paul Rehtopf, Theo Stofzenberg, Heinz Bed, Kurt Münzer, Marie Fuhs und Maria Bohse. Im Publikum freut man sich, daß man hier für so billiges Geld auch einmal so gute Künstler zu hören bekommt. D.

Neue Petroleumfelder in Rußland. Die Entdeckung großer Petroleumlager, durch die der Sowjetstaat zu dem bedeutendsten Lieferanten an Erdöl werden würde, ist in einer Sitzung der Moskauer Akademie der Wissenschaften bekanntgegeben worden. Untersuchungen, die soeben vollendet sind, führten zu der Feststellung von drei neuen Petroleumgebieten, die ebenso reich sind wie die Felder des Kaukasus. Die jüngste Entdeckung wurde in dem Gebiet von Sachkizien gemacht. Diese Felder scheinen eine Fortsetzung der Lager zu sein, die schon früher im Norden des Gebietes am Embalfluß gefunden wurden. Das dritte der neuen Felder liegt im Utkinsgebiet des nördlichen Ural. Die Leiter der russischen Petroleumindustrie planen die sofortige Erschließung dieser neuen Quellen.

Das Institut für Arbeitsrecht hatte im April 1930 folgende Preisausschreibung gestellt: „Die Haftung aus Tarifverträgen nach deutschem Recht unter Berücksichtigung des österreichischen und schweizerischen Rechts“ und dafür einen Preis von 1500 Mark ausgesetzt. Von den eingereichten Arbeiten ist die Arbeit des Dr. jur. Karl Buchholz-Deßau mit einem Preis von 800 Mark ausgezeichnet worden. Den Arbeiten des stud. jur. Karl Heinz Below-Berlin und Dr. jur. Pröb-Hamburg-Bergedorf ist eine ehrenvolle Erwähnung und je 150 Mark von dem Gesamtpreis zuerkannt worden.

Amerikanische Stiftungen für die Göttinger Universität. Bei der Jahresfeier der Göttinger Universität wurde mitgeteilt, daß der Göttinger Universität von amerikanischer, noch ungenannter Seite ein Vermögen gestiftet wurde, dessen Zinsen jährlich 100 000 Mark betragen. Sie sollen für die Krebsforschung verwendet werden. Von der gleichen Seite wurde eine Summe zum Bau eines Erholungsheims für Professoren und Studenten zur Verfügung gestellt. Die Rockefeller-Stiftung hat weiter 300 000 Mark zum Ausbau des Instituts für anorganische Chemie gegeben.

Noch ein Theater, das floriert. Am Stadttheater Würzburg erfuhr die Einnahmen in der Spielzeit 1931/32 eine Steigerung von 13 Proz., die Besucherzahl stieg um 27 Proz., die Abonnentenzahl um 114 Proz.

Die längste Brücke Afrikas. Kürzlich wurde bei Marford in Nigeria eine Eisenbahn- und Straßenbrücke über den Benue, einem Nebenfluß des Niger, eröffnet. Es ist die längste Brücke Afrikas; sie ist 774 Meter lang. Insgesamt kostet die Brücke 20 Millionen Mark.

Rückgang der amerikanischen Filmproduktion. Die amerikanische Filmproduktion ist beträchtlich zurückgegangen. Während im Jahre 1930 700 Filme hergestellt wurden, belief sich die Filmproduktion im Jahre 1931 auf 550 und 1932 auf 350 Filme. Als Folge des starken Rückganges der amerikanischen Filmproduktion wird eine Erhöhung der Filmpreise in der ganzen Welt angehen.

Die Große Berliner Kunstausstellung ermöglicht den Eintrittspreis wöchentlich auf 75 Pf. und Sonntag noch nie vor 50 Pf.



# Verbandstag der Arbeitsinvaliden.

## Im Kampf um die soziale Demokratie.

Der 2. Verhandlungstag war den Fragen der Sozialpolitik gewidmet. Im Mittelpunkt standen die Referate des Verbandvorsitzenden Genossen Karsten über den Stand der Sozialpolitik und das Referat des Ministerialrats Dr. Maier, Dresden, über Finanznot und öffentliche Fürsorge. Karsten erinnerte bei der Betrachtung der hinter uns liegenden Zeit, daß die letzte Erhöhung der Invalidenrenten unter der Regierung Hermann Müller durchgeführt worden sei. Es müßte dagegen protestiert werden, daß man die Arbeit der Organisation für die Zerrüttung der Sozialpolitik verantwortlich machen wolle. Schuld an der Zerrüttung der Sozialpolitik seien in erster Linie Krieg, Inflation und fehlerhafte Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik gewesen. Alle diese Dinge seien aber lediglich auf die

### nachfolgende kapitalistische Politik

zurückzuführen. Es sei lächerliches Geschwätz, wenn Hitler jetzt behauptet, die Arbeiterklasse habe 1918 ein geordnetes Staatswesen übernommen. Die Hitlerbewegung wird heute mit dem Gelde des Kapitals ausgehalten, weil die Kapitalisten die Nationalsozialisten als Sturmbock gegen die deutsche Sozialpolitik benutzen. Es käme für alle Arbeiterorganisationen heute darauf an, mit allen Kräften zu verhindern, daß diese Söldlinge des Kapitals die politische Macht in Deutschland bekommen.

Nach einem Ueberblick über die Finanzlage der Sozialpolitik wies Karsten auf das üble Schlagwort vom deutschen „Wohlfahrtsstaat“ hin, das jetzt zu den Argumenten der Reichsregierung gehört. Wenn die Regierung von Papen solche Phrasen auspricht, so beweist sie damit nur, daß sie willens ist, einen noch stärkeren Abbau an den sozialen Bezügen der Hilfsbedürftigen in Deutschland vorzunehmen. Zur Sanierung der wichtigsten Versicherungszweige, die heute sich in der schlimmsten Gefahr befinden, ist es notwendig, unbedingt für Erhöhung der Versicherungseinnahmen Sorge zu tragen. Die Reichsregierung muß auf alle Fälle mit ausreichenden Zuschüssen einspringen. Die richtige Verbandsforderung nach einer neuen Regelung des Beitragswesens in der Invalidenversicherung gewesen ist, das hat die augenblickliche Krise überzeugend nachgewiesen.

### Auf alle Fälle aber muß den Abbauplänen der Reaktion der allerstärkste Widerstand entgegengeleitet werden.

Karsten brachte zum Ausdruck, daß, wenn gehungert werden müßte, dann solle auch auf der ganzen Linie gehungert werden. Der Zentralverband habe bei großen politischen Kämpfen mit in der ersten Linie zu marschieren. Bei Aufrechterhaltung des Grundgesetzes der parteipolitischen Neutralität müßte doch gelogt werden, daß die Arbeitsinvaliden nicht gewillt seien, sich von Hitler, Jungenberg und Dingeldey einfangen zu lassen. Die kommenden Reichstagswahlen seien von außerordentlicher Bedeutung für die Arbeitsinvaliden. Es käme darauf an, der Regierung von Papen und ihrem reaktionären Anhang, den Nationalsozialisten, zu zeigen, daß wir gewillt sind, unsere Rechte mit Entschiedenheit zu verteidigen. Die Ausführungen des Referenten fanden stürmischen Beifall.

In der Diskussion sprachen Steffes, Bodum, Ridel, Halle, Böttcher, Dresden, Berger, München, Matthes, Kassel, Rosenthal, Essen, und Stams, Heidelberg. Die durchaus sachlichen Ausführungen aller Diskussionsredner waren von dem ganzen Ernst der politischen Situation getragen. Sie ergaben aber auch gleichzeitig ein Bild vorbildlicher Geschlossenheit und Kampfbereitschaft in der Organisation. Die Diskussion erbrachte den Nachweis, daß die politische Haltung des Verbandes in den Reihen des Verbandes selbst unbedingte Zustimmung fand.

Ministerialrat Dr. Maier wies in seinem Referat darauf hin, daß zur Zeit in den Gemeinden bis zu 40 von 100 Einwohnern aus der Fürsorge unterstützt werden müssen. Die Fürsorgeunterstützungsempfänger müssen mit einer

### Unterstützung von 7 bis 10 M. in der Woche

auskommen. Fürchtbares Elend und ein Leben ohne Freuden sind die Folgen. Für die Gemeinden ergeben sich außerordentliche Etatschwierigkeiten. Eine Besserung kann aber nicht durch Herabsetzung der Fürsorgeunterstützungen herbeigeführt werden. Ersparnisse müssen auf anderen Gebieten gemacht werden, und steuerliche Möglichkeiten sind nachzuprüfen. In der Politik müsse der Grundgedanke maßgebend sein, daß Einkommen und Vermögen nach ihrer Leistungsfähigkeit auf das stärkste herangezogen werden. Besser gestellte Landesteile müßten die Lasten der ärmeren Landesteile mittragen.

Unannehmbar sei auch das Verlangen, Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zusammenzulegen. Die Arbeitslosenversicherung müsse von einer solchen Vereinigung ausgeschlossen werden. Der Redner wandte sich ganz entschieden gegen die Beilegung der gehobenen Fürsorge. Ebenso

## Achtung BVG.!

Morgen, Freitag, 30 Uhr, im Cecilienaal der Kammerstraße, Teltower Straße 1-4

### SPD.-Funktionärkonferenz

Bestimmte und pünktliche Anwesenheit aller Funktionäre ist erforderlich. Das Betriebssekretariat.

lehnte er eine Einheitsfürsorge für das ganze Reich ab, da eine solche Vereinigung mehr Schlechtes als Gutes für die Hilfsbedürftigen bringen würde. Wenn es der deutschen Sozialpolitik im Laufe der Jahre gelungen sei, mit zur Verlängerung des Lebensalters der Arbeiterklasse beizutragen, so müsse aber jetzt eine Politik betrieben werden, die

### Dieses Leben auch noch lebenswert erscheinen läßt.

(Stürmischer Beifall)

In der Diskussion sprachen Hofmann, Berlin, Kohde, Brandenburg, Krieg, Leipzig, Bruhn, Hannover, Steffes, Bodum, und Beller, Saargebiet. Auch diese Diskussion brachte dem Nachweis der bedeutenden positiven Arbeit, die der Verband auf dem Gebiet der Fürsorge geleistet hat. Sie brachte aber auch gleichzeitig den Willen zum Ausdruck, daß trotz der gewaltigen Finanznot aller öffentlichen Körperschaften mit allen Mitteln um die Erhaltung der gehobenen Fürsorge, wie überhaupt um die Erhaltung des heutigen Lebensniveaus, gekämpft werden muß.

Der Verbandstag nahm dann eine Entschlieung an, in der es heißt: „Durch den starken Einfluß, den die Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit auf die Gesetzgebung ausübte in der Lage war, ist die soziale Gesetzgebung in ihren wesentlichen Grundzügen stark und ausgebaut worden. Diese Sozialpolitik hat in außerordentlichem Maße dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten deutschen Volkswirtschaft gedient und der Arbeiterschaft die notwendigen sozialen Lebensbedingungen mit Erfolg zu sichern versucht. . . Die Regierung Brüning ist darum gestürzt worden, weil sie trotz aller Gesetzesverschlechterungen den Wünschen der Reaktion längst nicht weit genug entgegengekommen ist. An ihrer Stelle regiert heute ein Ministerium, zusammengesetzt in seiner Mehrzahl aus Adligen und im übrigen aus Vertretern der kapitalistischen Klasse.

Jedlicher Einfluß der Arbeiterschaft ist ausgeschaltet.

Dieses absolut unfolgende Regierungsgebilde hat es sich zur Aufgabe gemacht, all die Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder zu beseitigen und die soziale Lage des arbeitenden Standes in der schlimmsten Weise herunterzubringen. Ganz offen gibt die neue Regierung von Papen das zu.

In ihrem Aufruf proklamiert sie „die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation“. Sie behauptet fälschlicherweise, daß der „Staat“ zu einer „Wohlfahrtsanstalt“ gemacht und daß durch die soziale Gesetzgebung die Arbeitslosigkeit gesteigert worden sei. Sie kündigt an, daß sie ihren Willen mit Rotverordnungen durchsetzen will.

### Offener Staatsstreich der Reaktion droht.

In dieser Zeit müssen alle staatsbehaltenden sozialen Kräfte zu einer eisernen Kampfesfront zusammengeschweißt werden. Die Arbeitsinvaliden insbesondere hat die Aufgabe, in dem Kampfe um die Erhaltung der sozialen Versicherung und der Fürsorge auch die letzten Kräfte aufzubieten.

Das Regiment Papen will in der Sozialversicherung die Ausgaben bis zum letzten Pfennig. Wir wollen, daß den Arbeitsinvaliden, den Unterstützungsempfängern und den Arbeitslosen die sozialen Lebensmöglichkeiten erhalten bleiben!

Der Kampf der Arbeitsinvaliden um ihr Recht ist nur mit Erfolg zu führen durch eine geschlossene machtvolle Organisation. Jetzt heißt es, den letzten Arbeitsinvaliden dem Verbanne zuführen, um mit allen Kräften und Mitteln das Lebensrecht der Arbeitsinvaliden zu verteidigen!

## Der freiwillige Arbeitsdienst.

### Stellungnahme der Jugendverbände.

Der Landesauschuss Brandenburg der deutschen Jugendverbände teilt mit, daß in dem Bericht im „Abend“ vom 10. Juni einige Irrtümer enthalten sind. So hat der Vertreter des Landesarbeitsamtes Brandenburg in keiner Weise die technische Nothilfe als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes empfohlen, wie er überhaupt keine Organisation empfohlen hat, sondern auf Anfrage aus der Konkurrenz heraus erklärt, daß alle Organisationen, die die Vorbedingungen erfüllen, also auch die Leno, Träger des Dienstes sein können.

Dr. Siebahn-Spandau forderte nicht „Rückkehr zur Primitivität“ in der Lebensweise, er forderte auch nicht, „dem Arbeitslosen noch weitere Beschränkungen“ aufzuerlegen, sondern er forderte die weiteren Redner betonten, daß gerade bei der Tätigkeit im Arbeitslager darauf Wert zu legen ist, daß nicht nur gute Verpflegung verabreicht wird, sondern daß auch das kulturelle Niveau der Teilnehmer erhöht wird. Er wie die weiteren Redner betrachteten den freiwilligen Arbeitsdienst als eine sozialpädagogische Angelegenheit. Unter diesem Gesichtspunkt und nicht als „Abkapselung“ gegen die Öffentlichkeit sind die Arbeitslager anzusehen.

Daß manche Redner zu verschiedenen Auffassungen kamen, ergibt sich aus ihrer verschiedenen Einstellung und den ihnen vorliegenden Erfahrungen. Es war gerade Aufgabe dieser Tagung, diese Verschiedenheiten herauszuleisten und man darf den Rednern daraus keinen Vorwurf machen. Der Redner der freien Gewerkschaften, Bollmerhaus, hat nicht betont, daß nur überbündliche Arbeit möglich sei, sondern daß der freiwillige Arbeitsdienst auch durchaus von den einzelnen Organisationen geleistet werden kann.

Better für Berlin: Teils heiter, teils wolfig, kühlte Nacht, am Tage wieder warm, um Nord schwankende Winde. — Für Deutschland: Im allgemeinen Fortwärt des trockenen, beständig Wetters, im Osten vorübergehend Bewölkungszunahme, auch im Alpenvorland noch bewölkt und strichweise Niederschlag.

Verantwortl. für die Redaktion: Rich. Bernheim, Berlin; Anzeigen: Th. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 2, Bureau 1 Beilage.

# Beschäfts-Anzeiger

## Bezirk Norden-Osten

**Fleisch** **Wurst**  
**Willy Miething**  
Friedrichshagen, Friedrichstr. 97  
billig gut

**KAUFHAUS**  
**Max Cohn**  
DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄT  
Grünstraße 23/24 Köpenick am Schloßplatz

**August Krauss** Bln.-Tempelhof Germanenstr. 143 Tel. 568ring 3901  
Spezial-Bauausführungen:  
Drahtputz-, Zug- und Bildhauerarbeiten

**Foto-Bedarf** nirgends so preiswert wie bei  
Bohlin-Klappkamera, 6x9 mit Spezial-Apparat 1:8 in Vario nur 18,00  
Bohlin-Klappkamera 6x9 mit Spezial-Apparat 1:8 in Vario nur 34,75  
Klappkamera, 9x12, Doppelauszug, mit Anastigmat 4,5 in Vario nur 42,75  
Klappkamera in Rolux bis 1/200 Sec. nur 53,75, dto. in Compur nur 65,75  
Moulikassette, 9x12, nur 0,50 Filmkassette, 9x12 nur 1,85  
Verlangen Sie Liste V. kostenlos Zahlungserleichterung  
FOTO-HÜHNIS 4886 N. 65, Chausseestr. 89 u. Fernstr. 33

**Auguststraße 24-25**  
Bühlers Ballhaus  
Täglich  
**Clärchens Witwenball**

**Neu! Neu!**  
**Chamotte-Kachelöfen**  
in farbiger Glasur, 35 cm breit, 35 cm tief, 135 cm hoch, mit Rostfeuerung  
nur 62,40 RM.  
sind zu haben bei der  
**Berliner Töpferhütte G. m. b. H.**  
Berlin SO. 36, Schlesiensche Str. 42  
Fernsprecher Amt F. 8, Oberbaum 0319  
Fliesenarbeit — Baukeramik

**Kartoffel-Kontor**  
G. m. b. H., NW 40, Heidestr. 30. — Hansa 4848.  
liefert  
**Speisekartoffeln**  
für Groß-Verbraucher,  
Kantinen u. Behörden

**Paul Zillen, Elektro-Bedarf G. m. b. H.**  
Berlin, Schiffbauerdamm 15  
Ultraphon- und Orchestrola-Schallplatten und Apparate-Vertrieb

**Restaurant A. Pohst**  
Stargarder Str., Ecke Lychener Str.  
Verkehrsalokal der Partei und Reichsbanners

**Paul Meiner**  
Eisenwarenhandlung  
Köpenick, Schloßstr. 13  
Tel.: F. 4 Sammlernummer 2305.

**Ernst Hartmann**  
Tischlermeister  
**Tischlerei für Innenausbau**  
Geschäftseinrichtungen jed. Art  
Gegründet 1869  
Berlin NO 18 Pallasadenstr. 77  
Fernruf E. 3 Königstadt 9413

**Saure Gurken**  
in bester Qualität liefert  
**Paul Graßnick, Lichtenberg**  
Rittergutstraße 129a Telefon: E 5 2653

**Kauft Porzellan**  
im  
**Konsum-Warenhaus**

Verlange in  
**Harzkäse**  
nur  
„Garholzmer ist das Beste!“  
**„M. S. tadellost!“**

**Brillen-Dase**  
Badstraße 30 Müllerstraße 174  
Prenzlauer Allee 204

**Greif Camembert**  
  
die führende Marke  
Erhältlich in allen Lebensmittel- und Feinkostgeschäften

**J. Andermann**  
Ges. m. b. H.  
N 34, Memeler Str. 50, Prenzlauer, Königstadt 3290/91  
**Eiergroßhandel**  
Import Export

**Gericke & Wolfram**  
Eisenwarenhandlung  
Berlin-Weißensee  
Berliner Allee 20

**„Rosenthaler Hof“**  
Rosenthaler Str. 11-12  
3 Säle, 6 Vereinszimmer  
u. Versammlungen und Festlichkeiten  
Vorn: Familien-Restaurant und großer Kaminofen

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!



# Jugend hilft der Jugend

Zugscharen und Jugendberatung / Von Richard Junge

Besucht man die Fürsorgestelle eines ausgesprochen proletarischen Bezirkes und läßt sich über die Arbeit berichten, dann erhält man Einblick in so ungeheure Not, daß man am Sinn jeder helfenden Arbeit überhaupt verzweifeln könnte. Verhärtete Sparvorschriften erschweren die Hilfe.

Tausende Jugendliche hungern auf der Straße herum, arbeitslos, nicht wenige haben seit ihrer Schulentlassung überhaupt noch keinen geordneten und regelmäßigen Arbeitsbetrieb kennengelernt. Verwahrlosung, Verwilderung, Arbeitsfurcht ist oft die Folge dieser aufgezwungenen Untätigkeit. Den Jüngeren ist noch ein gewisser Haß durch die Fortbildungsschule gegeben. Die Werkheime der Stadt Berlin, in denen Jugendliche in Werkkurien ausgebildet und weitergebildet werden, geben vielen Jugendlichen Schutz. Aber auch hier stehen bei weitem nicht genügend Plätze zur Verfügung. Wie leicht passiert es dann, daß die brachliegenden Kräfte in falsche Bahnen gelenkt werden, daß ein am Tage harmloser Junge nachts auf Einbrüche ausgeht, daß fünfzehnjährige gewandte Taschendiebe werden, daß jugendliche Arbeitslose sich zu Cliquen zusammenschließen, die Unterweltvereine naheziehen. Unterstützung gibt es gar nicht oder so wenig, daß sie nicht zum Leben reicht, unmöglich ist es, auch nur die geringsten Vergnügungen und Zerstreuungen zu besuchen. Dieses Gefühl des Ausgestoßenseins ist es vielleicht, das am meisten auf den jungen Menschen lastet.

## Jugend will helfen.

Mitte Februar fand in der Nähe des Stettiner Bahnhofes, in einem Hinterhaus, einem früheren Fabrikgrundstück, ein Kostümfest unter dem Motto „Zille-Ball“ statt, das unter den Kostümfesten dieses Winters wohl eine besondere Note hatte. Die Jungens und Mädels auf diesem Zille-Ball brauchten kaum andere als ihre eigenen Kleider anzuziehen, um kostümiert zu sein als echte Zille-Töpen der Nachkriegszeit. Es wurde auf diesem Ball kein Wein und Sekt ausgeschenkt, und es spielten auch nicht die Weintraud-Syncopators zum Tanze auf, aber die Schrammeltapelle genügte, und gegen den Durst gab es Zitronenlimonade. Das war, zwischen Stettiner Bahnhof und Noltenhofer Platz, der Zille-Ball der „Zugscharen“, ein Arbeitskreis junger Menschen, die sich in einem Bezirk angesiedelt haben, der ein reiches Betätigungsfeld für soziale Arbeit bietet. Diese Organisation, die unter der Devise „Jugend hilft der Jugend“ soziale Arbeit leistet, hat sich aus einer Wandervogelgruppe zur Wohlfahrtsorganisation entwickelt, sie leistet auf ihrem Gebiete sicher wertvolle und oft bahnbrechende Arbeit.

Es ist in all dieser Arbeit sehr schwer, an die Jugend heranzukommen. Ein städtischer Fürsorger erzählte mir, daß er die Jugendlichen eigentlich doch nur ganz zufällig kennenlerne. Es sind besonders Waisenkinder, Amtsmündel, mit denen man sowieso schon zu tun hat, oder Jugendliche, die durch anonyme Meldungen namhaft gemacht werden. In den lebenssten Fällen melden sich die Jugendlichen selbst. Die „Zugscharen“ versuchen nun, um zunächst einmal die Bekanntheit zu machen und Einfluß zu gewinnen, einen Teil der Freizeit so mit den Jugendlichen zu verbringen, wie sie es gewohnt sind. Im Laufe der Zeit entsteht dann ein engeres Verhältnis zwischen den Helfern der „Zugscharen“ und den Jugendlichen, sie kommen mit ihren Schwierigkeiten und man kann versuchen, ihnen zu helfen.

Die „offenen Abende“ der „Zugscharen“, zu denen jeder Zutritt hat, sind immer von einer großen Zahl jugendlicher besucht, von denen die meisten regelmäßige Gäste sind. Hier haben sie Gelegenheit, sich ein paar Stunden zu unterhalten, Tischtennis ist vorhanden, Brettspiele, aber auch die gemöhnlichen Kartenspiele werden gemacht und einmal in der Woche findet auch ein Tanzabend statt. Früher hat man auch versucht, ihnen mit Volkstänzen zu kommen, aber da fand man bei den Jungen und Mädchen keine Gegenliebe. Mit Jugendbewegung wollten sie überhaupt nichts zu tun haben, die Hoffnung, die man früher hegte, daß die Jugendlichen, angeregt durch die offenen Abende, sich allmählich eingliedern würden in die Zugscharengruppen, erfüllte sich nicht. Die Zugscharengruppen bestehen zum größten Teil aus den ehrenamtlichen Helfern der Arbeit. Diese Art Jugend will keine festen Bindungen eingehen, keine Verpflichtungen übernehmen. Sie besuchen die offenen Abende, treten später vielleicht auch dem „Klub“ bei, der aufgezogen wurde, um sie doch etwas stärker zu binden, aber mehr erreicht man kaum.

Unter den vielen Jungen und Mädchen, die regelmäßige Gäste der „Zugscharen“ sind und in deren Heim den größten Teil ihrer Freizeit verbringen, sind viele, die von selbst herkommen. Andere werden eingeladen, ihre Adressen erhält man vom Jugendamt. Ein großer Teil sind auch Schulaussichten der Zugscharen, die etwa dreihundert laufende Schulaussichten führen.

Auch in einem der proletarischen Bezirke Berlins ist man den Weg gegangen, gefährdete Jugendliche in einem Verein zusammenzufassen und so durch den Zusammenfluß Stützpunkt für den einzelnen zu schaffen. Die Jugendlichen kommen auch hier fast jeden Abend zusammen, treiben Sport, Wandern, beschäftigen sich mit Handarbeiten oder Basteln und sind, obwohl ihnen vom Amt aus so gut wie keine materiellen Genüsse geboten werden können, eifrig bei der Sache. Auch in diesem Jugendverein, der übrigens weitgehende Selbstverwaltung hat, steht man das Ziel darin, die Jugendlichen soweit zu erziehen, daß sie von sich aus den Weg zu einer freien Organisation finden.

## Jugendberatung.

Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß nur die „gefährdeten“ Jugend des Schutzes und der Hilfe bedarf. Vor ein paar Jahren gab es einmal, im Anschluß an einen bekannten Gymnasialistenprozeß und an das Attentat von Leiferde, heftige Diskussionen um die verwahrloste, psychopathische und kriminelle Jugend. Bei allen diesen Diskussionen überseh man, daß auch die gesunde Jugend in den Reifejahren mit Schwierigkeiten und Problemen zu kämpfen hat. Die Jugend steht in manchen Fragen auch heute noch allein, vermag sich schwer einem Freunde anzuvertrauen und sucht lieber bei einer dritten Person Rat. Besuchen wir zwei dieser Beratungsstellen.

Am Büro des Rechtsanwalts Dr. Bed. Friedrichstraße 50,

wurde unter der Mithilfe von jungen Menschen aus den verschiedensten politischen Lagern eine Jugendberatungsstelle eingerichtet, die auf dem Gedanken der Selbsthilfe der Jugend aufgebaut ist. Man will kein Wohltätigkeitsverein sein, sondern der Jugend durch Altersgenossen kameradschaftlich beistehen, und oft ist schon durch die bloße Aussprache geholfen. Eine Statistik zeigt, in welchen Angelegenheiten um Rat gefragt wurde; es ist nicht sehr überraschend, daß heute Berufsfragen an erster Stelle stehen. Konflikte mit den Eltern oder Erziehern kommen dann gleich an zweiter Stelle. Sehr häufig ist natürlich Sexualberatung, und zwar von Liebesgeschichten bis zu vorbeugenden Maßnahmen und Geburtenregelung. Auch schwangere Mädchen kommen, die Unterbringung vor und nach der Geburt suchen und bei denen meist auch die Adoption des Kindes veranlaßt wird. Alle Rat-suchenden werden nach Wunsch von einem Jungen oder Mädchen, die aus der Jugendbewegung kommen und die Jugend verstehen, in Empfang genommen und dann je nach der Art der Fälle einem ärztlichen oder juristischen Helfer überwiesen.

Eine andere Beratungsstelle ist von der Jugendzentrale der Freien Gewerkschaften eingerichtet worden. Hier

sind die Jugendorganisationen selbst Träger der Arbeit. Dr. Ernst Haase, der Leiter der Beratungsstelle, hat in einer vorzüglichen kleinen Schrift über die Arbeit, ihre Voraussetzungen und Ergebnisse berichtet. („Die Seelenfassung der Jugendlichen.“) Man sieht daraus, wie notwendig diese Beratungsstellen sind, auch für eine Jugend, die in den Organisationen, in einem Gemeinschaftsleben aufwächst. Denn wenn bei der Arbeiterjugend durch ihre Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung sich auch die Gegensätze zu den Erwachsenen nicht so scharf ausprägen, ist der Widerstreit der Generationen auch hier ein selbstverständlicher Vorgang und der Junge oder das Mädchen geht mit den Schwierigkeiten nicht zum Vater oder der Mutter, sondern zu einem selbstgewählten Vertrauten. Berufsschwierigkeiten, Konflikte auf der Arbeitsstelle oder zu Hause spielen auch hier eine große Rolle. Seguelle Räte, aber auch Probleme wie die, ob sie in der Arbeit für die Bewegung aufgehen oder persönlichen Erleben nachgehen sollen, führen sie hierher. Viele wertvolle Arbeit zum Besten des einzelnen, aber auch der Gemeinschaft wird hier geleistet. Eine Arbeit, die wirkliche Fürsorge, Führung, aber nicht Bevormundung ist, und die dem Jugendlichen zur Selbstverantwortung und zum Selbstvertrauen verhilft.

# Wie werde ich Sozialist?

Eine Umfrage in Frankreich / Von Boris Skomorowsky - Paris

Der englische Sozialist Hyndman pflegte seine Freunde zu fragen, auf welche Weise sie zum Sozialismus gekommen seien. Was trieb sie zur kritischen Beurteilung und dann zur Ablehnung der Umwelt? War ihre Verwundlung das Resultat eines langdauernden und allmählichen Prozesses oder hatte sie ein unerwartetes Ereignis plötzlich zu Sozialisten gemacht? Welche Menschen und Bücher hatten einen entscheidenden Einfluß auf sie ausgeübt?

Eine ähnliche Umfrage hat vor kurzem Louis Lévy unter den angesehensten Vertretern des französischen Sozialismus veranstaltet. Seine lebendigen und geistreichen Interviews wurden im Zentralorgan der Partei, im „Populaire“, veröffentlicht und sind jetzt als Buch erschienen: Louis Lévy — Comment ils sont devenus socialistes (Wie sie Sozialisten wurden). Verlag des „Populaire“, Paris, 1932.

Die Idee solcher sozialistischen „Beichten“ ist durchaus positiv zu bewerten. Ist es nicht wirklich eine erstaunliche Tatsache, daß Menschen, getrennt durch Herkunft, Erziehung, frühere Ansichten, Charakter und Temperament, von den verschiedenen Ausgangspunkten ausgehen und auf den ungleichen Wegen zum gleichen Ziel gelangen: dem Kampf um die soziale Befreiung der Arbeiterklasse? Zeugt nicht diese Anziehungskraft allein von der ungeheuren inneren Macht des proletarischen Sozialismus, der auch für die Angehörigen anderer sozialer Schichten die höchste moralische Wahrheit enthält? Muß man sich da wundern, daß er unter seinen Bannern die Millionenmassen der arbeitenden Menschheit vereint?

Wenden wir uns der französischen Umfrage zu. Fünfzehn Genossen wurden dem „Berühr“ unterzogen: von den „Alten“ — Braque, Grouffier —, die bereits die 70 überschritten haben, bis herab zu der vierzigjährigen „Jugend“ — Zyromsky, Déat. Von den auch im Ausland wohlbekannten Sozialisten nennen wir Léon Blum und Paul Faure, Renaudel und Vincent Auriant, Compère-Morel und Séverac. In diesen klüglichen Interviews treten die starken und die schwachen Seiten der französischen Bewegung sehr deutlich hervor.

Vor allem ist die erstaunliche Verschiedenheit der Persönlichkeiten der Befragten wie auch der Wege, auf dem sie zum Sozialismus gekommen sind, zu erwähnen. Es gibt nicht zwei Biographien, die sich gleichen. Sie geben nicht das Schablonenbild eines „Serienprodukts“ wieder, von dem die Kommunisten träumen, sondern schildern einen lebendigen Menschen, der aus den sozialen und ökonomischen Bedingungen seines Landes hervorgewachsen ist.

Zum Unterschied von den sozialistischen Parteien Deutschlands und Großbritanniens ist das proletarische Element in den Spitzen des französischen Sozialismus nur sehr schwach vertreten. Das ist zum großen Teil die Folge der völligen Isolierung der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation der französischen Arbeiterklasse voneinander: zwischen diesen zwei Formen der proletarischen Bewegung besteht keinerlei organischer Zusammenhang, und das natürliche und fruchtbare Zusammenwirken ist auf diese Weise ausgeschlossen.

Immerhin finden wir unter den Befragten den Sohn einer Arbeiterin, den Autodidakt Bedouce, heute Deputierter, der im Parlament als Autorität für finanzwirtschaftliche Fragen gilt; den „Erd-Bergmann“ Corard, der heute Deputierter und Führer der Arbeiterbewegung im Bezirk Pas-de-Calais ist, und schließlich den Tagelöhner Lebass, den Sekretär der größten Parteiföderation (Fédération du Nord), den Bürgermeister von Lille und ehemaligen Deputierten (er fiel in den Wahlen von 1928 durch infolge des Betrugs der Kommunisten, die in der zweiten Wahl ihren Kandidaten nicht zurückstellten und auf diese Weise den Erfolg des reaktionären Kandidaten der Unternehmer ermöglichten).

Die übrigen Führer gehören ihrer Herkunft nach der mittleren städtischen Bourgeoisie, den Intellektuellen, den Handwerkern, der Bauernschaft usw. an. Man darf nicht vergessen, daß es in Frankreich vor allem diese demokratischen Schichten waren, die einige Revolutionen gemacht, vor 60 Jahren eine Republik geschaffen und sie gegen alle monarchistischen Angriffe zu schützen gewußt haben.

Die Kinder haben ihre Bitter natürlich überholt: zur politischen Gleichberechtigung, die bereits im Jahre 1789 verkündet wurde, wollten sie noch die ökonomische Gleichheit erkämpfen. Auf diese Weise ist der französische Sozialismus in großem Maße als logische Fortsetzung und Vollendung des republikanisch-demokratischen Ideals entstanden. Das tritt fast in allen Interviews deutlich zu Tage. Die Großväter und Väter der Sozialisten nahmen teil an der Revolution von 1848, kämpften gegen den Usurpator

Napoleon III., waren in der konservativen Republik des letzten Drittels des vorigen Jahrhunderts in der Opposition als linke Republikaner und Radikale. Revolutionäre Erinnerungen und republikanische Gesinnungen waren feste Tradition in jenen Familien, in denen unsere Genossen geboren wurden und ihre ersten Eindrücke erhielten.

Kein einziger von ihnen spricht von einem Kompf gegen die Eltern um seiner Idee willen. Im Gegenteil, manche von ihnen, die sich in die Reihen des Proletariats stellten, bekehrten auch ihre Väter dazu (eine ausgezeichnete Widerlegung des Sprichworts „das Huhn lernt von dem Ei doch nie“). Jedenfalls war der französische Sozialismus in jenen Jahren, aus denen die Erinnerungen der Befragten stammen, der direkte Nachfolger des kleinbürgerlichen Radikalismus. Seit dieser Zeit ist so manches anders geworden. Die ökonomische Struktur des Landes hat sich in den letzten Jahrzehnten, vor allem auch unter dem Einfluß des Krieges, stark gewandelt. Eine neue Konstellation der sozialen Kräfte ist entstanden, insbesondere ist die Zahl und das Gewicht der Arbeiterklasse, ihr Klassenbewußtsein und ihre Organisation, außerordentlich gewachsen. Aber die historische Herkunft des französischen Sozialismus übt noch heute einen Einfluß auf seine Politik aus.

Neben den Familientraditionen, die bis zur Großen Französischen Revolution zurückreichen, waren auch die Ereignisse des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens Frankreichs am Ende des vorigen und Anfang des 20. Jahrhunderts von großer Bedeutung für die Entwicklung der zukünftigen sozialistischen Führer. Nicht der Kampf des Proletariats um die Verbesserung seiner ökonomischen Lage, nicht der Klassenkampf in seiner unmittelbaren Auswirkung, sondern die Zusammenstöße sozialer Gruppen, die ihren Ausdruck im Kampf mit dem Klerikalismus, im Boulangismus, in der Affäre Dreyfus, in den Parlamentswahlen usw. fanden, schufen einen günstigen Boden für den Marxismus, formten die Weltanschauung des sozialistischen Nachwuchses.

Den größten theoretischen Einfluß hat zweifellos Karl Marx ausgeübt. Die reaktionären Publizisten haben ganz recht, wenn sie behaupten, diesen „versuchten deutschen Juden“ beschuldigen, die sozialistische „Ansteckung“ nach Frankreich gebracht zu haben. Ueber den Eindruck, den seine Werke hinterlassen haben, vor allem das „Kapital“, die in der französischen Uebersetzung oder in den verkürzten Darstellungen und Wiedergaben Devilles, Lafargues u. a. gelesen wurden, berichten alle Genossen, nicht nur die, die bis heute „orthodoxe“ Marxisten geblieben sind, sondern auch die, die wesentliche „Korrekturen“ und „Abweichungen“ in seine Lehre gebracht haben. Im Lichte der Marx'schen Analyse der ökonomischen Wirklichkeit verwandelte sich das verschwommene Gemisch sentimentalen Rebellentums, romantischen Blanquismus und jacobinischer Traditionen in den proletarischen, revolutionären Sozialismus.

Keiner von den Befragten erwähnt außer dem Marxismus einen anderen ausländischen Einfluß. Mit Ausnahme von Jean Longuet, dessen Zusammenreffen mit Wilhelm Liebknecht, Keir-Hardie und Lansbury durch seine internationale Abtammung (sein Vater war der Kommunist Charles Longuet, seine Mutter — Jenny Marx) zu erklären ist, entwickelten sich diese französischen Sozialisten ganz „national“. Es ist interessant, daß die Utopisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts — Saint-Simon, Fourier, Louis Blanc u. a. — in der geistigen Entwicklung dieser Genossen keinerlei Rolle gespielt haben. Auch Broudhon wird kaum genannt. Aber viele erwähnen den Hirten, Knecht, Bauern und Sozialphilosophen Benoit Malon. Das Werk dieses Autodidakten, „Socialisme intégral“, das außerhalb Frankreich gänzlich unbekannt ist, war von großer Bedeutung für die sozialistischen Erwoachsen. Die Theoretiker des Syndikalismus, Sorel und Lagardelle einerseits und Emile Zola (mit seinem Roman „Germinal“) andererseits, haben ebenfalls eine große Rolle in der Entwicklung mancher Genossen gespielt.

Voller Liebe und Dankbarkeit werden die Namen von Saurès und Guesde genannt, deren theoretische und praktisch-politische Tätigkeit von außerordentlicher Bedeutung für die heutige Generation der französischen sozialistischen Führer war. Und nicht nur für die Führerschaft. Marx, Saurès, Guesde — diese drei Namen sind heute zum Wahrzeichen für das französische Proletariat geworden, für alle zu ihm hinstrebenden Elemente der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs.



# Faschistischer „Sport“

## „Wir sind hier in Mailand, halten Sie die Schnauze!“

Im Meisterschaftsspiel des italienischen Fußballmeisters „Juventus Turin“ mit „Ambrosiana“-Mailand kam es zu schweren Schlägereien der Spieler und zur Verprügelung des letzten italienischen Schiedsrichters. Der Bericht über die Berliner „Fußball-Woche“ vom Deutschen Fußballbund berichtet in der Ausgabe vom 8. Juni darüber u. a.:

„An Memandi erging mehrmals der Ruf: „Gigi, rüchle Meazza!“ „Gigi, gib die richtige Antwort!“ „Gigi, brich Dril das Bein!“ Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich persönlich einen mitgewordenen Mailänder, der neben mir saß, das solche gemeine Rufe zu unterlassen, worauf dieser Herr im Chor mit anderen mir antwortete:

„Halten Sie Ihre Schnauze. Hier sind wir in Mailand, und wenn Ihnen das nicht paßt, verbrechen wir Ihnen die Nase!“

Worauf ich als vernünftiger Diplomat meine Schnauze hielt. „Nach Abschluss“, schreibt die „Fußball-Woche“ weiter, „traten beide Mannschaften vor die Tribüne und grüßten römisch. Der Schiedsrichter ging in der Mitte zweier Klubdirektoren der „Ambrosiana“ der Kabine zu. Sofort nach dem Gruß legten sich einige Ambrosianer in Trab, so daß man glaubte, sie wollten schnell in der Kabine sein. Plötzlich aber schwankten sie vor dem Schiedsrichter. De Maria, der Südamerikaner,

sprang wie eine Kugel mit einem Satz auf diesen und schlug ihn mehrmals mit der Faust ins Gesicht.

Run entstand eine furchtbare Schlägerei! Es bildete sich eine Partei, die den Schiedsrichter schützen wollte, eine andere, die es ihm geben wollte. Im Aufruhr eilte eine Kompanie Carabinieri herbei und trennte die Parteien. . . .  
So sehr vormalig ist die Geschichte weiter nicht. Es ge-

hört zu den Grundtendenzen des Faschismus, alles, was nicht seiner Meinung ist, niederzuschlagen und niederzutreten. So geht es in Italien, so soll es in Deutschland werden; Anlässe dazu erleben wir überall beim Austritt des faschistischen Besatzlers (schon jetzt politische Auseinandersetzungen führt man mit Doß, Schlagring und Pistole; warum soll es im Sport anders sein. Fragt sich nur, ob deutsche Arbeiter auch „diplomatisch die Schnauze halten“ werden!

## Grenzen der Gastfreundschaft

Der Pressedienst des Arbeiter-Turn- und Sportbundes schreibt: Die Zeiten sind schwer und das Heer der Globetrotter, die von der Gastfreundschaft der Mitmenschen leben, bevölkert die Landstrassen immer mehr. Sie sprechen bei Besinnungsgenossen und Arbeiterorganisationen vor, um Unterstützung zu erhalten, und werfen sich dabei auf ihre Zugehörigkeit zu diesen oder jenen Arbeiterorganisationen. Die Gastfreundschaft der organisierten Arbeiterschaft wird leider in zunehmendem Maße von Seiten ausgenutzt, die nicht berechtigt sind, sich auf ihre Mitgliedschaft in den von ihnen genannten Arbeiterorganisationen zu berufen. Sie sind mitunter nicht nur Ideologen, sondern auch organisierte Gegner der sozialistischen Arbeiter- und Arbeitervereine. Solche Erfahrungen wurden u. a. auch von den Arbeiter-Turn- und Sportvereinen gemacht. Wer auf Wandererschaft geht, muß seine Organisationspapiere in Ordnung haben. Wenn in ihnen seit Monaten und Jahren die Mitgliedschaft durch besondere Umstellungen, Beisetzungen oder Erwerblosenmarken nicht mehr nachgewiesen werden kann, sind sie wertlos. Auf alle Fälle sind die Organisationsausweise von den Wanderern zur Ansicht zu verlangen.

## Um die Handballmeisterschaft des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Bangsam neigen sich nun auch die Vorspiele um die Handballmeisterschaft des Arbeiter-Turn- und Sportbundes dem Ende entgegen. Bis auf den württembergischen sind alle anderen Kreismeister ermittelt. Die Kreismeister beginnen am Sonntag mit den ersten Spielen um die Verbandsmehrschaften.

Der ostdeutsche Verband, in dem auch Berlin durch „Volkssport Bedding“ vertreten ist, hat noch Spielruhe. Die Wedding, die auch im Vorjahr die Verbandsmehrschaft erringen konnten, gehen auch jetzt wieder als heißer Favorit in die Kämpfe.

Im mitteldeutschen Verband ist der vorjährige Verbandmeister, „Vorwärts“-Hermannsleben, aus dem Rennen geworden. Dieser große Schlag gelang „Hüte“-Hüte, die damit auch erste Kreismeisterschaft auf die Verbandsmehrschaft haben. Die weiteren Kreisrepräsentanten sind Verein für Volkserziehung Götting, Leipzig-Rauendorf und Altenburg. Der erste Kampf steigt am Sonntag in Götting zwischen Rauendorf und dem Verein für Volkserziehung. Die Leipziger sollten hier den Sieger stellen.

Auch im süddeutschen Verband ist der alte Verbandmeister mit im Rennen. Die Paderbörmer haben am Sonntag gegen den Vertreter des heidrich-mittelrheinischen Verbandes, Frank-

furt-Bozenheim in Frankfurt anzutreten, während in Nürnberg Radbaperns Meister Bunsfeld gegen München-Schwabing spielt. Während im ersten Spiel die Paderbörmer als Favoriten gelten, gehen in Nürnberg die Münchner als Endspielkandidat in den Kampf. Den Bunsfeldern fehlt noch die notwendige Routine, die zu derartigen Spielen unbedingt notwendig ist.

Im nordwestdeutschen Verband ist der vorjährige Verbandmeister Hannover-Hainholz mit von der Partie. Die Hannoveraner standen im Endspiel 1930 gegen Wien-Diakring und verloren nur knapp mit 6:5. Sie haben auch in diesem Jahre wieder die Möglichkeit, sich bis zum Schluß durchzurufen. Daran dürfte auch der Hamburger Meister Rothenburgsort nichts ändern können. Die beiden anderen Vertreter Schwarz-Gelb-Düsseldorf und Badenhausen, die sich am Sonntag in Berta treffen, werden den beiden anderen wohl harten Widerstand entgegenzusetzen; den endgültigen Sieg der Hannoveraner werden sie jedoch nicht aufhalten können.

Noch völlig ungeklärt liegen die Dinge in deutsch-österreichischen Verband. Der vorjährige Meister Diakring wird zwar wieder in den Endkämpfen erwartet, doch bringen erst die nächsten Spiele vollkommene Gewißheit.

## „Tag der Jugend“

Zum ersten Male wird in diesem Jahre von der Jugend des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes der „Tag der Jugend“ durchgeführt. Der Bundesjugendausschuss hat die Notwendigkeit erkannt, einmal im Jahr die gesamte Bundesjugend an die Öffentlichkeit zu bringen, um die Stärke der Sportjugend zu demonstrieren. Der 25. Juni wird die Heerchau der jungen Generation im ganzen Bundesgebiete sein; er ist der Vorabend des Reichsarbeiterportages. Die alten Forderungen des Jugendrechtes und Jugendschutzes haben gerade in der Jetztzeit eine besondere Bedeutung. All den jugendfeindlichen Elementen muß gezeigt werden, daß die Arbeiterjugend ein Glied der großen Arbeiterbewegung ist und daher in gemeinsamen Kampfeswillen für diese Rechte kämpft. An Reich, Kommunen und Parlamente richtet sie ihre Forderungen. An Leibeshunden und Jugendpflegen zu sparen, ist verkehrte Sparmaßnahme. Je mehr Sportstätten geschaffen werden, um so mehr Betten in Krankenhäusern werden frei. Je mehr sich die Jugend im Sport tummeln kann und im Sinne des Sozialismus erzogen und gefühlt wird, um so weniger Erziehungsheime und Strafanstalten werden nötig. Die Arbeiterjugend ist sich der Bedeutung des Tages bewußt, sie schließt fester die Reihen, schreit und marschiert in den vordersten Reihen der Eisernen Front.

## Bundestreue Vereine teilen mit:

- Tennisverein „Die Kautschuker“, Freitag, 17. Juni, Photo-Arbeitsgemeinschaft Rautsch, 20. -- Photo-Arbeitsgemeinschaft: Brand: Dammstr. 13, Sanktallmer. -- Photo-Arbeitsgemeinschaft: Oken: Frankfurter Allee 107. -- Fotobehalterung: Deboranstr. 15. -- Südb. Rautschstr. 7. -- Charlottenburg: Sprotstr. 10. -- Eich: Chausseest. 48 (Rathaus). -- Verein der Sportlichen Baumkulten. -- Leipzig: Elfenstr. 9, am Bahnhof. -- Montag, 20. Juni, Ringmeisterschaft: Rautschstr. 7. -- Photo-Gruppe: Deboranstraße 13.
- Teile Wasserfahrer Aufmarsch, Sonnabend, 18. Juni, Teilnahme an der Sonnenfeier des 20. Augustfestes Reindenberg auf der Insel Haffelwerder im Tegeler See. Start aller Boote zum Bootsaus 16½ Uhr. Auffahrt vom Gemeindefest 20 Uhr. Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, Monatsversammlung der Rautsch, Sprotstr. 10. 6 Uhr Mittagsessen.
- Teile Schwimmer Chorleiterabend, alle Bezirksvereinsmitglieder treffen sich Donnerstag, 16. Juni, 20 Uhr, und Donnerstag, 17. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe zur Übungsbunde, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.
- Teile Postvereins Realitäten. Sitzung Freitag, 17. Juni, Restaurant „Gonnenhof“ (Oberbaumstraße).
- Tennisverein „Die Kautschuker“, Ortsgruppe Berlin, Sonnabend, 18. Juni, Sonnenfeier am Ufersee, Anhalterstr. 22. (Sitz- und Tisch) in der Gefälligkeit Dobanstr. 14 (Saben). Aufahrt 9 Uhr und von 14 Uhr 20 Uhr Rautsch ab Gefälligkeit.
- Teile Schwimmverein Rautsch, Sonntag, 19. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.
- Teile Schwimmverein Rautsch, Sonntag, 19. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.
- Teile Schwimmverein Rautsch, Sonntag, 19. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.
- Teile Schwimmverein Rautsch, Sonntag, 19. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.
- Teile Schwimmverein Rautsch, Sonntag, 19. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.
- Teile Schwimmverein Rautsch, Sonntag, 19. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.
- Teile Schwimmverein Rautsch, Sonntag, 19. Juni, im Volkshaus Jungfernhöhe, Freitag, 18. Juni, 18 Uhr im Kirchenhof unter Herbstabendhaltung. Alles erscheint. Hoteloperator um 18 Uhr am Bootsaus an Wasserlinie. Beginn der Veranstaltung 19 Uhr. Meldefrist für Kartenwähler Freitag, 18. Juni, bei Schmeling, Turmgenrat Str. 41.

# Rundfunk am Abend

Donnerstag, den 16. Juni 1932

Berlin: 16.05 Konjunktur der Leihbibliothek (L. Rein). 16.30 Konzert. 17.30 Die Speisekarte der Menschheit (Dr. H. Budziszlawski). 17.50 Das Frauenkleid und wer es schafft (Gertrud Dittrich, Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Damenschneider). 18.15 Gedenkstunde für Karl Wessel. 18.55 Die Funkstunde teilt mit... 19.00 Die finanziellen Bestimmungen der Notverordnung (Staatssekretär Dr. Zarden). 19.10 Berlin und die Provinz (Dr. Helli Levinger und Dr. P. Zucker). 19.35 Dichtungen von M. Mohr (H. George). 20.00 Johannes Brahm. 20.50 Tages- und Sportnachrichten. 21.00 „Die Goldmacher“ (Hörspiel). 22.20 Hörbericht aus Lausanne (Dr. J. Rauscher). 22.35 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Populäre Orchesterkonzert.

Königswusterhausen: 16.00 Vier Wochen im Mittelschlandheim (Rektor F. Kirchner). 17.30 Die Salzburger Protestanten in Ostpreußen (C. Meißner). 18.00 Musikalischer Zeitspiegel. 18.30 Spanisch für Fortgeschrittene (Gertrud von Eyseren und Dr. F. Armesto). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Wie schützt sich die Bevölkerung vor einem Luftangriff? (Präsident H. Paetsch). 19.20 Das Zusammenleben von Tieren und Pflanzen im Walde (Forstn. Junack). 19.35 Wird der russische Fünfjahrplan sein Ziel erreichen? (Prof. Dr. O. Aubach). 21.00 Aus Bremen: „Die Böttcherstraße“. 22.35 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Aus Stuttgart: Nachtmusik. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volkfunk“, monatl. 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.



## Im Lande des Schneckengeides

Die tropischen Urwälder und die sie umgebenden höher liegenden Gebirgsländer bieten immer noch die stärksten Hemmnisse, aber auch die größten Ueberraschungen für eine eingehende Durchforschung. Paul Wirtz gibt in seinem Buch „Im Lande des Schneckengeides. Erinnerungen und Erlebnisse einer Forschungsreise ins Innere von Neu-Guinea“ (Stroeder u. Schröder, Stuttgart, je 3 M., Leinen 6.50 M.) von den ungeheuren Mühen einer solchen Forschungsreise einen lebendigen Eindruck. Die Durchquerung der Urwälder und die Ueberwindung der Hochgebirge war nur möglich durch eine brutale Ausnutzung der malakalischen und chinesischer Sträflinge, die mit einer an Elanerei grenzenden Grausamkeit zur Trägerarbeit gepreßt wurden in einem Klima und unter Bedingungen, denen gegenüber die unbelasteten Europäer schon alle Kräfte anspannen mußten.

Die von Wirtz mitgeteilten Ergebnisse bringen Ueberraschung nach Ueberraschung. Im Innern der Insel wurde ein Papuanvolk entdeckt, zu dem noch nie Weiße vorgedrungen waren und das noch von der Zivilisation der Weißen völlig unberührt lebte. Die Papua stehen auf der Kulturstufe der Steinzeitmenschen, kennen entwickelten Ackerbau und Schweinezucht und wohnen in kleinen Dörfern in einfacher sozialer Stammesverfassung. Erstaunlich aber ist, daß diese unberührten Naturvölker einen regen Handel über das Hochgebirge hinweg mit den eingeborenen Küstenbewohnern haben, bei dem sie ihre landwirtschaftlichen Produkte gegen eine begehrtete Schneckenart austauschen, die in ihrem Wirtschaftsleben die Rolle des Geldes spielt. Ein lebhafter, wohlorganisierter Handel baut sich auf diesem Geldbegriff auf. Die sonst so beliebten Ausverkaufsmittel der Weißen, wie Glas, Perlen, Spiegel, Messer, Messer und dergleichen, werden von den Eingeborenen wie Friesanz beiseite gelegt. Die Produkte werden nur gegen das Schneckengeid eingetauscht, obwohl diese Schneckenart an der Küste Neuguineas, allerdings in kleineren Mengen, tagtäglich über das Gebirge hinweg zu hunderten vorkommt.

Die lebendig gezeichneten Darstellungen geben nicht nur einen Einblick in dieses feindselige Volk des Schneckengeides, sie erzählen auch von den Schrecken des Urwaldes, von den Leiden der Sträflinge, von der kolonialistischen Ausbeutung Neuguineas und dem langsamen Untergang aller Naturhaften beim Vordringen europäischer Zivilisation. Leider sind statt scharfer photographischer Bilder dem Buche Handzeichnungen beigegeben, die nur eine mäßige bildhafte Vorstellung vermitteln.

Wieland Tietgens.

## Sportliches Allerlei

Fußball-Länderspiele Deutschland — Oesterreich — Norwegen. Der deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund hat zwei der besten Länderspieler in der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationalen zu spielen gegen seine Länderspieler entsandt. Die Spiele mit Oesterreich finden statt am 2. Juli in Kassel und am 3. Juli in Hannover. Mit Norwegen wird in Schlesien gespielt, und zwar am 6. August in Breslau, 7. August in Waldenburg, und am 10. August in Biehlen. — Frage an die Berliner Fußballfreizeiter: Woran liegt es, daß Berlin nicht auch einmal ausländische Arbeiterfußballer zu Gast hat? Die Berliner Arbeiterfußballer würden sicher dabei sein, wenn sie einmal etwas anderes als Serienspiele und noch mal Serienspiele vorgesetzt bekämen. Mit dem Gesicht darüber, daß alles zu den Spielen bürgerlicher Vereine läuft, ist es nicht getan. Was Waldenburg in Schlesien kann, sollte man in Berlin auch können!

Hannover schlägt Fürth im Vogen. In der Vorrunde um die Bundesmeisterschaft im Mannschafsbogen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fanden sich am Sonntag der norddeutsche Meister „Sparta“-Hannover und der bairische Meister „Kraftsportklub 1907“ aus Fürth in Hannover gegenüber. Nach einem recht wechselvollen Verlauf legte der ehemalige Bundesmeister Hannover über die Gäste mit 11:5 Punkten. Am Sonntag, 19. Juni, trifft der langjährige ostdeutsche Meister Weißwasser auf den mitteldeutschen Meister Bera. Speyer kämpft nun gegen Hannover die Zwischenrunde aus.

Knockout Müller — Charles? Dem deutschen Schwergewichtsbekämpfer Hein Müller-Köln wurde bekanntlich von Pierre Charles in Brüssel im Kampf um die Europameisterschaft in einem unvorsichtigmäßigen Ring knapp geschlagen. Nach den Kontraktionen verpflichtete sich der Belgier, seinen Titel im Siegerfalle innerhalb von sechs Wochen in einem deutschen Ring gegen Müller zu verteidigen. Der Manager des Rheinländers wollte dieser Tage in Berlin, um den Kampf in der Reichshauptstadt unterzubringen. Er hatte damit aber keinen Erfolg, da von beiden Bögern Bötchen verlangt werden, die kein Berliner zahlen kann.

Noch 23 Pferde im Deutschen Derby. Bei der vierten Einschätzung für das am 26. Juni auf der Bahn in Hamburg-horn zur Entscheidung gelangende Deutsche Derby sind von 100 ursprünglichen genannten noch 23 Pferde startberechtigt geblieben. Ein Neugeborener fehlt jedoch noch aus. Sohlenmäßig am stärksten ist der Stall W. S. Oppenheimer, der noch vier Pferde im Rennen befehlen, vertreten. Das Geschäft Scherndorfer verfügt noch über eine dreiköpfige Streitmacht. Ausgeschlossen ist natürlich nur, was von Hause aus keine Chancen haben konnte. Am Einzelnen können den Kampf um die 100 000 Mark vom 2400-Meter-Start aus aufzählen: Aristokrat, Lord Nelson (Gestüt Grady), Orleto (R. D. Bughenoben), Horos, Marcellina (Stall Hulma), Wälderich (M. Herding), Wigna (Stall Bardsworth), Palaspag (Stall Mühlens), Renick, Wappenbild (Gestüt Rydinghoben), Wunderkind (Frhr. G. v. Oppenheim), Goliath, Alberto, Rio d'Arzocco, Memannia (W. S. Oppenheimer), Koertin, Wälderich, Arabeska (Gestüt Scherndorfer), Bittsteller (H. S. Schwanberg), Fliegenpilz (H. Unger), Orfilos, Janus (H. u. C. v. Weinberg), Uiovis (H. Wolf).

<b>Staats Theater</b> Donnerstag, den 16. Juni <b>Staatoper Unter den Linden</b> 20 Uhr <b>Così fan tutte</b>	<b>Schiller-Theater</b> Charlottenburg. 20 Uhr <b>Abschied von der Liebe</b>	<b>Herde</b> auch bis 18 Monats-Raten <b>Traditz</b> Berlin W 8, Leipziger Str. 122-123
<b>Staatsschauspieltat</b> Erdmannstr. 20 Uhr <b>Jeppem Berge</b>	<b>Städt. Oper</b> Charlottenburg 13. Märzstr. 14 Donnerstag, 16. Juni Farnu - I. Erstaufführung <b>Gianni Schicchi</b> (Puccini) Friedrich, Hirsch, Fittscher <b>Peiruschka</b> strawinsky - Ballett Abramowitsch, Ullien, Sydow, Groike, Frank, Gagliardi Anfang 20 Uhr Ende gegen 23 Uhr	<b>Winter Garden</b> 8 Uhr 15. Flora 3434. Hausen erl. Paul Grätz. Peter Sachse, Jenny & Piccolo. Crocers & Crocers usw.
<b>Volksbühne</b> Theater am Mühlbühl 9¼ Uhr <b>Die goldene Uhr</b> Volks-Gek von E. S. eep Regie: A. N. Rabenau	<b>Deutsches Theater</b> Die Journalisten Lenig, auch Gustav Freytag von Felix Hausmann Musik: Theo Kückens Regie: Heinz Hüpper	<b>Wiesen-Butter</b> <b>Wiesner &amp; Co., N 58, Wörther Str. 3</b> D 4 Humboldt 1055 <b>Großdestillation zum weißen Hirsch</b> Ritterstraße 106, Ecke Prunzenstraße Frühstückstube — Mittagstisch 40 Pf. Gut gepflegte Biere Willy Seiditz